

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 09

FRIEDENSFÖRDERUNG
Versöhnung von
Glaubensgemeinschaften
in Sri Lanka

GEOPOLITIK
Wirtschaftssanktionen
bringen Risiken und
Nebenwirkungen mit sich

FRAUENRECHTE
Bekämpfung der
geschlechtsspezifischen
Gewalt in Kolumbien



Wie sich Hunger beenden lässt

Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**
Wir haben Strategien, um Hunger zu beenden – wir müssen sie nur nutzen

Magazin

- 4 **REHAN FERNANDO**
Interreligiöser Dialog ist entscheidend für Sri Lanka
- 6 **DAGMAR WOLF**
Sanktionen sind ein machtvolles, aber nicht ungefährliches Instrument globaler Politik
- 8 **GIOVANNI PUGLISI**
Frauen in Kolumbien leiden noch immer unter Gewalt
- 10 **ALBA NAKUWA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Wie heute in Kenia der Brautpreis gezahlt wird

Culture Special

- 12 **KONSTANTIN AUWÄRTER**
Film: Vater und Tochter gegen Indiens Patriarchat
- 13 **MAREN VAN TREEL**
Roman: Dazugehören in einer globalisierten Welt
- 14 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Musik: Mit Gitarren statt Gewehren für die Sache der Tuareg
- 15 **DAGMAR WOLF**
Roman: Nobelpreisträger Abdulrazak Gurnah zeigt, wie verwoben Geschichten sind

Debatte

- 17 **RIDWANUL HOQUE**
Der plötzliche Sturz von Sheikh Hasina in Bangladesch
- 18 **GLENN BRIGALDINO**
Korruption zerstört Gesellschaften und verhindert Entwicklung
- 19 **STEPHAN KLINGEBIEL**
Entwicklungspolitik muss öffentlich stärker zeigen, wie wichtig sie ist

Schwerpunkt: Wie sich Hunger beenden lässt

- 21 **INTERVIEW MIT SUNITA NARAIN**
Das globale Ernährungssystem gehört auf den Kopf gestellt
- 23 **SVENJA SCHULZE**
Lokale Wertschöpfungsketten müssen gestärkt werden
- 25 **CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA**
Wie der Triple-Nexus-Ansatz zur Ernährungssicherheit am Horn von Afrika beiträgt
- 27 **PAMELA CRUZ**
Übergewicht und Adipositas sind in Mexiko zur Epidemie geworden
- 29 **SUSANNE NEUBERT**
Warum Pestizide im Allgemeinen eher ein Fluch als ein Segen sind
- 32 **CORNELIE JÄGER**
Nachhaltige Landwirtschaft sollte nicht auf Tierhaltung verzichten, aber sie muss maßvoll sein

SCHWERPUNKT

Wie sich Hunger beenden lässt

Weltweit wird genug Nahrung für alle produziert. Dennoch erhalten rund 800 Millionen Menschen aufgrund von Kriegen und sozialer Ungleichheit nicht das, was sie brauchen. Die Verbesserung der Situation in abgelegenen Gebieten von Entwicklungs- und Schwellenländern ist besonders wichtig. SDG2, „Kein Hunger“, ist erreichbar, erfordert aber politische Entschlossenheit.

Titelseite: Marktverkäuferin in Côte d'Ivoire.
Foto: picture-alliance/empics/Samuel Shivambu/
BackpagePix Staff





Unser Schwerpunkt zum Thema Ernährungssicherheit beginnt auf Seite 20. Er hat direkten Bezug zum 2. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Kein Hunger.

Wie sich Hunger beenden lässt

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) sind kein zur Not verzichtbares Hilfsprogramm zugunsten ein paar armer Länder. Sie sind der Schlüssel zu einer lebenswerten Zukunft für eine Menschheit von 10 Milliarden in einigen Jahrzehnten. Wenn diese Agenda scheitert, verdüstern sich auch die Perspektiven der bislang privilegierten Länder stark.

Bei der Beendigung von Hunger (SDG2) geht es zu langsam voran, obwohl es schon seit Jahrzehnten genug Nahrung für alle Menschen gibt. 800 Millionen sind dennoch wegen Krieg von der Versorgung abgeschnitten oder können sich wegen Armut nicht leisten, was sie brauchen. Ein Zehntel der Menschheit leidet elementare Not. Diese Quote ist viel zu groß, auch wenn sie um die Millenniumswende mit rund einem Sechstel noch größer war.

Bedrohlicher Weise durchkreuzt zudem die Klimakrise gewohnte Agrarpraktiken. Wenn es schlimm kommt, werden weltweite Ernten nicht einmal mehr theoretisch für alle reichen. Die große Frage ist also, wie

„Der immense Fleischverbrauch, der mit Wohlstand einhergeht, muss zurückgehen. Mit der Massentierhaltung gehen gewaltige CO₂-Emissionen und heftiger Pestizideinsatz einher.“

die Landwirtschaft im Klimawandel resilient bleiben kann.

Erforderlich sind ortsspezifische Lösungen, für die es auf lokale Gemeinschaften ankommt. Wesentlich ist, die Bodenqualität zu sichern und möglichst zu verbessern. Das dient der Produktivität und stärkt die Widerstandskraft bei Flut oder Dürre. Wenn Äcker zudem CO₂ speichern, ergeben sich Win-win-Situationen. Weil tropische und subtropische Agrarökosysteme hochempfindlich sind, muss dort behutsam modernisiert werden.

Dafür wiederum kommt es auf gute ländliche Infrastruktur an. Ohne sie sind agrarische Gemeinschaften zu traditionellen Praktiken verdammt, die arm halten und verwundbar machen. Ohne Anbindung an Märkte, ohne Lagerungs-, Verarbeitungs- und Vertriebsmöglichkeiten und ohne Bildungs- und Gesundheitswesen ist Ernährungssicherheit in den abgelegenen Regionen von Schwellen- und Entwicklungsländern nicht dauerhaft zu gewährleisten. Das gilt in Zeiten der Erderhitzung noch mehr als früher.

Entscheidungs tragende in von Hunger betroffenen Ländern tragen die Hauptverantwortung. Wenn sie nicht den Frieden sichern und die nötige Infrastruktur schaffen, drohen Not und Gewalt. Wachsende Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit ist politisch explosiv. Klar ist aber auch, dass viele Staaten finanziell überfordert sind, zumal wenn deren Regierungen hohe Schuldenberge aufgetürmt haben.

Die internationale Gebergemeinschaft darf diese Länder nicht im Stich lassen. Die Not leidende Bevölkerung hat weder zum Klimawandel noch zur Staatsverschuldung viel beigetragen, spürt aber die Folgen. Andererseits muss jedoch auch der immense Fleischverbrauch, der mit Wohlstand einhergeht, zurückgehen. Mit der Massentierhaltung gehen gewaltige CO₂-Emissionen und heftiger Pestizideinsatz einher. Das ist ein wesentlicher Grund, weshalb die konventionelle Landwirtschaft der reicheren Weltregionen die globale Umweltkrise verschärft.

Leider geht die Bereitschaft, die Entwicklung ferner Länder zu unterstützen, derzeit zurück. Die Regierungen (und Bürger*innen) von Nationen mit hohem Einkommen irren jedoch, wenn sie glauben, es sei möglich, sich nur um eigene Probleme zu kümmern. In unserer vernetzten Welt mit ihren komplexen Lieferketten sind die wichtigsten Herausforderungen global. Die EU und andere wohlhabende Weltregionen können sich nicht selbst retten, indem sie den Rest der Menschheit im Stich lassen. Nötig sind globale Lösungen. Konkret heißt das SDG-Erfolg.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von **E+Z/ D+C**.

euz.editor@dandc.eu

INTERRELIGIÖSER DIALOG

Brücken bauen, um religiöse Konflikte zu entschärfen

Religiöse Spannungen haben in der Geschichte Sri Lankas zahlreiche Menschenleben gekostet. Um Wunden zu heilen und die Basis für ein friedliches Miteinander zu schaffen, ist ein tiefreichender interreligiöser Dialog nötig.

Von Rehan Fernando

Sri Lanka ist ein Land mit einem vielfältigen kulturellen und religiösen Erbe. Der Buddhismus ist Hauptreligion, aber auch Christentum, Hinduismus und Islam haben bedeutenden Einfluss und viele Anhänger*innen.

Das Land erlebte in den vergangenen fünf Jahrzehnten mehrere Konflikte, ausgelöst durch verschiedene sich überlagernde Faktoren wie dem Nationalismus, der Wirtschaftspolitik und religiöser Einflussnahme. Die schlimmste dieser Auseinandersetzungen war zweifellos der Bürgerkrieg, der 1983 begann und mehr als 25 Jahre andauerte. Es handelte sich überwiegend um einen ethnischen Konflikt: Die sri-lankischen Tamil*innen kämpften gegen die von Singhales*innen dominierte Regierung für einen unabhängigen Staat. Der Bürgerkrieg beinhaltete aber auch eine wichtige religiöse Komponente. Die Tamil*innen sind überwiegend Hinduist*innen und Muslim*innen, während die Singhales*innen – die Mehrheit der Bevölkerung Sri Lankas – Buddhist*innen sind.

Die Ursprünge dieser Konflikte lassen sich bis in die 1950er-Jahre zurückverfolgen. Der damalige Premierminister Solomon W. R. D. Bandaranaike führte ein Gesetz ein, das allgemein als „Sinhala Only Act“ bekannt ist. Statt Englisch wurde Singhalesisch als einzige Amtssprache des damaligen Ceylons eingeführt und Tamil gänzlich ausgeschlossen. Die Maßnahmen waren Teil einer politischen Kampagne, die sich auf die Förderung der singhalesisch-buddhistischen Kultur konzentrierte. Die

Ideologie der „singhalesisch-buddhistischen Mehrheit“ gab der singhalesischen Gemeinschaft Macht über die wichtigsten Angelegenheiten des Landes.

RELIGIÖSE KONFLIKTE IM ÜBERFLUSS

Dies wurde als Angriff auf die tamilische Kultur und grundlegende Menschenrechte gewertet. Als Reaktion darauf beteiligten sich viele tamilische Zivilist*innen im Norden und Osten Sri Lankas an gewaltfreiem Widerstand. In den 1980er-Jahren eskalierte die Situation jedoch unter der Führung von Velupillai Prabhakaran und seiner Volksbewegung „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE). Kriegerische Auseinandersetzungen mit Blutvergießen folgten.

Der Bürgerkrieg endete 2009 unter dem Regime von Mahinda Rajapaksa. Dessen Ziel, „das Land vor Terrorismus zu retten“, wurde von der Mehrheit der Buddhist*innen und Anführer*innen religiöser Minderheiten unterstützt. Dennoch verloren in jenem Jahr noch viele tamilische Zivilist*innen ihr Leben. Berichte zeu-

gen von außergerichtlichen Exekutionen, Verschleppungen und Vertreibungen, willkürlichen Inhaftierungen, Folter, Vergewaltigungen, sexuellen Übergriffen und mehr.

Auch nach dem Ende des Bürgerkriegs 2009 setzten sich die ethnisch-religiösen Konflikte in Sri Lanka fort. Besonders die Bombenanschläge am Ostersonntag 2019 erinnerten auf tragische Weise an die fehlende Einheit zwischen den religiösen Gemeinschaften Sri Lankas. Drei Kirchen und drei Hotels in der Hauptstadt Colombo waren Ziel einer Reihe von Selbstmordanschlägen islamistischer Terroristen, bei denen fast 300 Menschen getötet wurden. Einmal mehr forderte religiöser Fundamentalismus einen hohen Tribut.

KRIEGSRECHTFERTIGUNG

Der Bürgerkrieg wurde durch die religiöse Vormachtstellung des Buddhismus gerechtfertigt, wobei insbesondere der singhalesisch-buddhistische Nationalismus betont wurde. Dies hörte unter Rajapaksa nicht auf. Seit 2005 stützte sich die Rajapaksa-Familie auf verschiedene buddhistische Gruppen, um die Kontrolle über das Land zu behalten.

Dies steht jedoch im Widerspruch zu den Lehren des Buddhismus und auch der meisten anderen Religionen. Sie sprechen sich gegen Kriege aus, da diese aus Gewalt entstehen und Gemeinschaften spalten. Im Kern geht es in den meisten Religionen um Einheit, Frieden, Versöhnung und Harmonie.



Tamilinnen gedenken ihrer Familienmitglieder, die während des Bürgerkriegs in Sri Lanka getötet wurden.



In Sri Lanka basieren jedoch viele Religionen auf einem performativen und oberflächlichen Ansatz statt auf einer gelebten Alltagspraxis. Mönche setzen den Buddhismus in einigen Gegenden mit Gewalt und Zwang durch, was die Prinzipien des buddhistischen Dhamma (die Lehre der vier edlen Wahrheiten) verleugnet. Die Friedfertigkeit dieser Philosophie wurde durch religiöse Hetze ersetzt. Das Christentum ist

nicht sehr tief in der Bevölkerung verankert, weil seine autoritären Strukturen historisch aus dem Kolonialismus hervorgegangen sind.

Zugleich gehen die islamischen Führer nicht wirklich auf die Probleme des Landes oder die extremistischen Tendenzen innerhalb der Religion ein. Dies gilt auch für den Hinduismus, der wenig Verständnis für die Ursachen der Armut und die Sorgen der Menschen in Sri Lanka zeigt.

Was das Land braucht, ist ein Paradigmenwechsel in allen Religionen hin zu Einheit und Harmonie. Es bedarf eines tiefgreifenden Versöhnungsprozesses, der von den Verantwortlichen aller Religionen ausgehen muss. Sie müssen sich zum religiösen Pluralismus bekennen. Religiöser Exklusivismus muss ein Ende finden.

ECHTER DIALOG

Die Selbstgerechtigkeit, nur die eigene Religion als die wahre anzuerkennen, steht ei-

nem echten interreligiösen Dialog im Weg. Auch die koloniale europäisch-westliche Mentalität war in Sri Lanka ein schlechtes Vorbild, indem sie ihre eigene Kultur verherrlichte. Doch es gibt durchaus Beispiele für religiöse Einheit innerhalb des Landes, die als Wegweiser dienen können (siehe Kasten).

Ein Teil des Dialogs muss es sein, den Menschen, die bereits Opfer religiöser Konflikte geworden sind, Raum für innere Heilung zu geben. Ohne einen echten interreligiösen Dialog werden solche Konflikte jedoch auch in Zukunft fortbestehen. Deshalb ist ein Bildungsprozess für alle beteiligten Seiten wichtig. Das Hauptziel muss das friedliche Zusammenleben aller Religionen in Sri Lanka sein.

REHAN FERNANDO

ist ein sri-lankischer Autor. Derzeit verfolgt er zwei Promotionen in interreligiösem Dialog und ökologischer Theologie.

rehansirinimal@gmail.com

„Dialog des Lebens“

Der katholische Priester Michael Rodrigo setzte sich in Sri Lanka für interreligiösen Dialog ein. Er bezeichnete seine Arbeit als „Dialog des Lebens“.

Infolge der Öffnung der Wirtschaft in den 1980er-Jahren unter Junius Richard Jayawardene wurden Landwirt*innen und die Arbeiterklasse zunehmend von den Eliten ausgebeutet. Die Regierung warb multinationale Unternehmen an, was die lokale Bevölkerung weiter marginalisierte.

In vielen Regionen des Landes herrschte großes Leid. Michael Rodrigo besuchte den Bezirk Monaragala im Süden des Landes, um eine Lösung zu finden und vor Ort einen Paradigmenwechsel einzuleiten, hin zu einem Ansatz von Entwicklung, der die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Er lebte

in der mehrheitlich buddhistischen Region und setzte sich als Christ für das Wohl der Bevölkerung ein.

Rodrigo arbeitete mit der lokalen Bevölkerung daran, dass sie ihren Lebensunterhalt selbständig bestreiten kann. Er führte ein natürliches Düngesystem, Bildungsprogramme und Kräutermedizin (Ayurveda-Behandlungen) ein. Zudem

setzte er sich im Rahmen eines buddhistisch-christlichen Dialogs für bessere Gesundheitsversorgung, Wohnprojekte und vieles mehr ein.

Er legte nie übermäßigen Wert auf seine Identität als katholischer Priester oder Christ, sondern wollte durch seine Arbeit überzeugen. Sein Dialogansatz war befreiend für die buddhistische Gemeinschaft. Rodrigo wählte vorrangig einen sozialen Ansatz, doch seine Bemühungen hatten stets eine religiöse Basis.

In den späten 1980er-Jahren, während des zweiten Aufstands der Janatha Vimukthi Peramuna (JVP), einer lokalen marxistisch-leninistischen Partei, wurde Rodrigo ermordet. Sein Mord führte dazu, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten in ländlichen Gebieten deutlich zurückgingen. Die Regierung leitete einen Paradigmenwechsel ein und setzte einen rechtsgerichteten Ansatz durch. Während dieser dunklen Ära wurden viele junge Menschen, Intellektuelle und Aktivist*innen getötet oder verschwanden.

Diese Gewalt wurde befördert von der Zentralregierung, die die singhalesisch-buddhistische Kultur beschwor. Auch die linksgerichteten Parteien reagierten mit Gewalt. Die negativen Auswirkungen dieser Entwicklungen beeinflussen das Land bis heute (siehe Haupttext).



Vertreter verschiedener Religionen gedachten gemeinsam des vierten Jahrestages der schweren Bombenanschläge auf katholische Kirchen in Colombo, Sri Lanka, am Ostersonntag 2019.

SANKTIONEN

Risiken und Nebenwirkungen

Sanktionen sind ein zentrales Machtinstrument der internationalen Politik. Sie können zu politischem Wandel beitragen, aber auch das sanktionierende Land selbst schädigen. Der Politikwissenschaftler Christian von Soest erklärt in seinem Buch die Zusammenhänge.

Von Dagmar Wolf

Sanktionen beeinflussen nicht nur internationale Handelsströme und Beziehungen zwischen Staaten, sondern die gesamte Weltpolitik. Im Falle gewaltsamer Konflikte oder von Menschenrechtsverletzungen greifen Großmächte und Staatenbündnisse immer häufiger darauf zurück – beispielsweise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 (siehe Box). Niemals zuvor wurden Sanktionen so häufig eingesetzt wie heute, und noch nie wurden so viele Ziele ins Visier genommen.

Derzeit seien etwa 200 Sanktionsprogramme gegen 70 Länder in Kraft, wobei die aktivsten Anwender von Sanktionen die USA, die EU und die UN seien, schreibt der Politikwissenschaftler Christian von Soest in seinem Buch „Sanktionen – Mäch-

tige Waffe oder hilfloses Manöver?“ Darin geht der Autor Fragen nach wie: Was leisten Sanktionen? Welche Risiken und Nebenwirkungen haben sie? Schaden sie vielleicht sogar mehr, als sie nützen? Von Soest leitet den Forschungsschwerpunkt „Frieden und Sicherheit“ am German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg.

Die Wirkung von Sanktionen dürfe nicht überschätzt werden, argumentiert er. Sie seien zwar ein wichtiges Machtinstrument und Ordnungsfaktor internationaler Politik, allerdings weder ein Wundermittel noch die Lösung für jedes außenpolitische Problem. Man könne nicht erwarten, dass Sanktionen zu einem sofortigen Politwechsel bei den Sanktionierten führten; sie wirkten vielmehr mittel- bis langfristig.

Von Soest unterscheidet drei Funktionen von Sanktionen:

- Coercing: das Erzwingen eines Kurswechsels;
- Constraining: das Beschränken der Handlungsmöglichkeiten, etwa durch Waffenembargos oder den Lieferstopp für wichtige elektronische Bauteile;
- Signalling: Symbolpolitik, die Sanktionierten und potenziellen Nachahmern

zeigen soll, dass Rechtsverletzungen nicht geduldet, sondern teuer bestraft werden.

Wichtig ist auch die Art der Sanktion. In der Vergangenheit seien etwa Handelsanktionen oft gar nicht bei den Herrschenden im Zielland angekommen, analysiert Soest. Diese fanden Wege, die Sanktionen zu umgehen, während die Bevölkerung – insbesondere die Ärmsten – massiv unter den Beschränkungen gelitten hätten. Daher müssten Sanktionen gezielter eingesetzt werden.

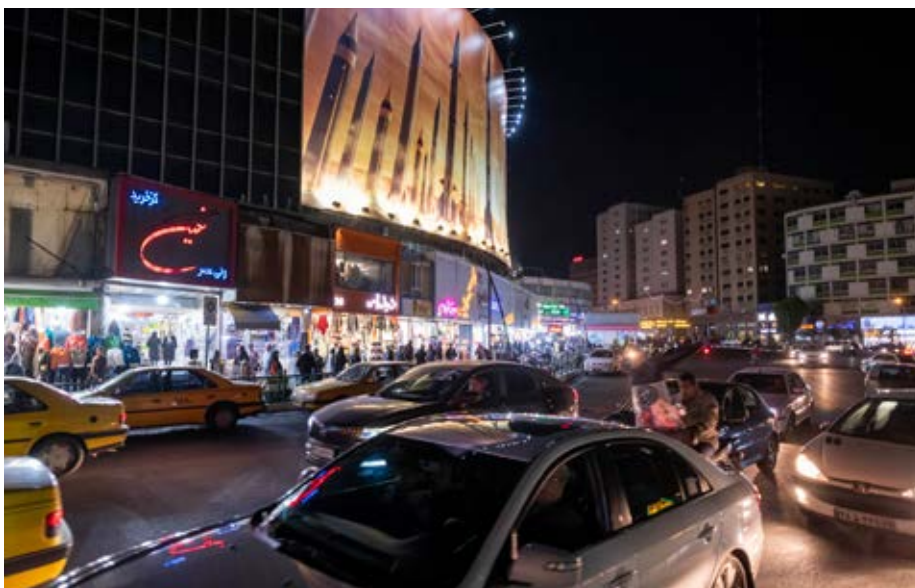
Von Soest unterscheidet drei Arten von Sanktionen:

- Finanzsanktionen, etwa die Abkopplung vom internationalen Bankensystem („De-swifiting“) und die Unterbrechung von Finanzströmen,
- Handelssanktionen wie die Unterbrechung der Lieferung von Waffen und Hochtechnologien und
- Individualsanktionen gegen Personen und Organisationen.

Wie der Autor darlegt, wirken die Zwangsmittel je nach politischer Lage des sanktionierten Landes unterschiedlich. Regime mit starker Herrschaftsideologie neigten dazu, den Druck von außen als Angriff auf die gesamte Nation darzustellen. Dies könne zum sogenannten Wagenburg- oder Rally-around-the-flag-Effekt führen: Die Bevölkerung werde dazu angehalten, die eigene Regierung zu unterstützen. Die Opposition hingegen erfahre Unterdrückung durch Polizei und Militär.

Unter bestimmten Bedingungen könnten Sanktionen aber auch Wandel anschieben, analysiert von Soest. Beispiel Südafrika: Hier fachten Sanktionen die Wirtschafts- und Regierungskrise des Apartheidregimes sowie die Proteste im Land weiter an, was zum Umsturz führte.

Von Soest weist darauf hin, dass Sanktionsmächte immer die Wirkung ihrer Zwangsmittel bedenken müssten – sowohl im Zielland als auch zu Hause. Zum einen hätten Sanktionen eine innenpolitische Dimension, sowohl für die heimische Wirtschaft als auch die eigene Bevölkerung, wie beispielsweise die Diskussionen um einen schnellen Ausstieg Deutschlands aus russischen Öl- und Gaslieferungen eindrücklich gezeigt hätten. Zum anderen könnten Sanktionen auch zu Gegenmaßnahmen führen. Außerdem erwirkten sie selten einen sofortigen Kurswechsel im Zielland. Sie bräuch-



Militaristische Propaganda eines totalitären Staates in Teheran.

ten daher einen langen Atem und Unterstützung im eigenen Land.

PRINZIPIEN FÜR SANKTIONSPOLITIK

Zu Grundregeln für die Anwendung von Sanktionen zählen laut von Soest:

- Sie sollten immer das letzte Mittel der Wahl sein – und immer nur ein Teil der Antwort.
- Sanktionsmächte sollten möglichst große Koalitionen schmieden, damit Zwangsmittel wirksam und legitim sind.
- Sanktionen müssen besser gegenüber der Bevölkerung erklärt werden; die mit ihnen verbundenen Forderungen müssen erfüllbar sein; und Sanktionsmächte müssen ihre Zwangsmittel bei einem Kurswechsel lockern.
- Es gilt, die Kosten für die eigene Wirtschaft zu bedenken und zu verhindern, dass

heimische Unternehmen die Beschränkungen umgehen.

- Sanktionsmächte sollten das Ende der Zwangsmittel von Anfang an mitdenken, Ausstiegsszenarien entwickeln und Meilensteine festlegen.
- Politisch Verantwortliche sollten sich über die Schattenseiten von Sanktionen im Klaren sein. Beispielsweise schaffen harte Sanktionen immer auch ein humanitäres Dilemma. Zwangsmittel sollten daher gezielt gegen politisch Verantwortliche und ausgewählte Wirtschaftsbereiche eingesetzt werden.
- Beschlossene Sanktionen müssen konsequenter umgesetzt werden.

Es ist nicht zu erwarten, dass Sanktionen bald aus dem Repertoire internationaler Einflussnahme verschwinden werden. Sie sind Ausdruck von Konflikten, und davon gibt es derzeit weltweit mehr als genug: von

den Kriegen in der Ukraine und Gaza bis hin zu Spannungen zwischen den großen Handelsmächten, allen voran den USA und China. Bedauernd ist das nicht zuletzt, weil die Weltgemeinschaft eigentlich viel stärker an einem Strang ziehen müsste – um globale Krisen wie Klimakatastrophe und Artenverlust zu bewältigen und die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zu erreichen.

BUCH

Von Soest, C., 2023: **Sanktionen. Mächtige Waffe oder hilfloses Manöver?** Frankfurt, Frankfurter Allgemeine Buch.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

Zeitenwende für Sanktionen

Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine am 24. Februar 2022 haben USA, EU und ihre Verbündete beispiellose Sanktionen gegen Russland verhängt. Sie markierten eine Zeitenwende in der Anwendung internationaler Zwangsmittel, schreibt der Politikwissenschaftler Christian von Soest in seinem Buch „Sanktionen“ (siehe Haupttext). Die Zwangsmaßnahmen ergänzten bereits bestehende Sanktionen, die seit 2014 aufgrund der Annexion der Krim und der Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen gegen Russland verhängt wurden. Inhaltlich sind sie ein Mix von Maßnahmen, darunter

- das Einfrieren russischer Auslandsreserven,
- der Ausschluss russischer Banken aus dem SWIFT-System,
- diverse Handelsbeschränkungen und -verbote,

- das Sendeverbot zahlreicher russischer Auslands- und Propagandamedien sowie
- Individualsanktionen wie das Einfrieren von Vermögen oder Reisebeschränkungen.

Alles, was eine moderne Industrie brauche, unterliege westlichen Strafmaßnahmen, analysiert von Soest. Allerdings ginge dies mit erheblichen Kosten für die Europäer*innen einher. Das rohstoffreiche Russland habe zudem viele Möglichkeiten, die Sanktionen zu umgehen

– unter anderem, weil längst nicht alle Länder mitmachen. So stoppte die EU zwar bereits 2022 90 Prozent ihrer Erdöleinfuhren aus Russland, doch fließt russisches Öl weiterhin beispielsweise nach Indien, wo es raffiniert wird und dann auf legalem Weg in die EU gelangt.

EU-Exporte in Nachbarländer Russlands wie Kasachstan, Armenien oder Kirgistan seien seit Beginn der Sanktionen massiv gestiegen, analysiert von Soest. Grund für den höheren Güterbedarf dieser Länder sei ihre Zollunion mit Russland: Was in diese Länder gehe, könne unkontrol-

liert nach Russland exportiert werden. So würden Waschmaschinen in Kasachstan ausgeschlachtet und einzelne Mikrochips, die auf der Sanktionsliste stehen, nach Russland geliefert. Russland gelange so an elektronische Bauteile, die es für die Fertigung von Präzisionswaffen benötige, aber selbst nicht herstellen kann.

Die massiven westlichen Zwangsmittel hätten Russland nicht zum erhofften Kurswechsel bewegen können, sie wirkten aber mittel- bis langfristig, meint von Soest. Sie erschwerten den Zugang zum Finanzmarkt, beschädigten die russische Wirtschaft langfristig und verringerten so die Möglichkeiten, den Angriffskrieg weiterzuführen. Auch die Individualsanktionen erhöhten den Druck auf das russische Regime. Insgesamt, so von Soest, setzten die Sanktionsmächte ein international sichtbares Signal für zentrale Normen des Völkerrechts wie territoriale Integrität und staatliche Souveränität.



Russland solle für die Kosten des Ukrainekriegs zahlen: Krakauer Solidaritätskundgebung im Februar.

FRAUENRECHTE

Geschlechtsspezifische Gewalt in Kolumbien angehen

Auch acht Jahre nach Abschluss des Friedensabkommens zwischen Regierung und FARC bleibt die kolumbianische Gesellschaft von Gewalt geprägt. Frauen und Mädchen leiden darunter besonders. Das soziale Unternehmen „Proyecto Florecer“ bietet Unterstützung an.

Von Giovanni Puglisi

Geschlechtsspezifische Gewalt hat in Kolumbien leider Tradition. Während des jahrzehntelangen Bürgerkriegs fielen mindestens 35178 Menschen sexueller, geschlechtsbezogener und reproduktiver Gewalt zum Opfer. Zu letzterer zählt unter anderem die Beeinträchtigung der freien Entscheidung zu Schwangerschaft und Familienplanung. Veröffentlicht hat die Zahl die kolumbianische Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP – Jurisdicción Especial para la Paz), die unter anderem Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufarbeiten soll.

Frauen, Mädchen und Menschen mit diverser sexueller Orientierung traf es besonders schlimm. Zwischen 1957 und 2016, dem Jahr des Friedensabkommens zwischen der Regierung und der linken Guerillabewegung FARC, waren laut JEP knapp 90 Prozent der Opfer weiblich; 35 Prozent waren zum Zeitpunkt der Verbrechen noch Kinder oder Heranwachsende. Die Verbrechen verübten demnach sowohl rechte paramilitärische Gruppen als auch die FARC und Sicherheitskräfte.

Die JEP hat inzwischen offiziell anerkannt, dass sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt im kolumbianischen Bürgerkrieg gezielt als Waffe eingesetzt wurde. Sie leitete im September 2023 eine neue Untersuchung dazu ein.

Mit dem Friedensschluss ist die Gewalt keineswegs aus Kolumbien verschwunden. Stattdessen sei die Zahl an Missetatungen durch bewaffnete Gruppen in vielen entlegenen Gegenden gestiegen und

liege auf einem vergleichbaren Niveau wie kurz vor dem Friedensprozess, berichtet die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW). Geschlechtsspezifische Gewalt sei weit verbreitet, während Straftäter kaum zur Verantwortung gezogen würden, so HRW.

Das Friedensabkommen weckte bei vielen Kolumbianer*innen Hoffnungen auf eine friedlichere Zukunft. Doch die Übergangszeit war bislang von anhaltender Gewalt geprägt, insbesondere in ländlichen Gegenden. Tatsächlich ist Kolumbien eines der Länder, die weltweit am stärksten unter organisierter Kriminalität leiden. Der Handel mit Drogen, Waffen und auch Menschen blüht. Grenzüberschreitende Gewalt durch organisiertes Verbrechen ist ein großes Problem.

Die kolumbianische Gesellschaft ist geprägt von der Machismo-Kultur, die Frauen unterdrückt. Geschlechtsspezifische Gewalt ist weiterhin an der Tagesordnung.

Im Jahr 2023 zählte das Projekt Observatorio Femicidios Colombia, das von der zivilgesellschaftlichen Organisation Red Feminista Antimilitarista betrieben wird, insgesamt 525 Femizide in dem Land mit etwa 52 Millionen Einwohner*innen. Laut der zivilgesellschaftlichen Organisation The Advocates for Human Rights registrierte das Nationale Institut für Rechtsmedizin und forensische Wissenschaften 2022 mehr als 47700 Fälle häuslicher Gewalt, 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Noch dazu bleiben viele Fälle genderbasierter Gewalt unerkannt – aus Angst vor Rache oder Stigmatisierung oder weil die Betroffenen dem Justizsystem nicht trauen.

PROYECTO FLORECER

Angesichts der Ausmaße an Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Kolumbien ist es essenziell, dass Betroffene sich an kompetente Anlaufstellen wenden können. Eine davon ist Proyecto Florecer, was sich mit „Projekt Blüte“ übersetzen lässt. Wir sind ein soziales Unternehmen mit Sitz in Medellín, der Hauptstadt der Bergprovinz Antioquia. Zu unseren Hauptaufgaben gehört es, Bildungsangebote für die lokale Bevölkerung bereitzustellen und Möglichkeiten der Inklusion für Benachteiligte zu schaffen. Dafür arbeiten wir mit einer internationalen Community aus Freiwilligen zusammen.



Proteste für die Rechte von Frauen während des Internationalen Frauentags im März in Bogotá.



Wer an unseren Programmen teilnimmt, hat in irgendeiner Form ein Trauma erlitten, sei es häusliche Gewalt, Vernachlässigung oder der Verlust wichtiger Bezugspersonen. Für Proyecto Florecer geht es deshalb darum, diese „survivors“ in ihren Bedürfnissen zu unterstützen. Wir bieten Workshops zur persönlichen Entfaltung an, beispielsweise zu den Themen Integration, Rassismus, sexuelle Gesundheit und Kommunikation. Insbesondere junge Frauen lernen hier, ihr Leben selbst zu gestalten und

so für sich und andere Verantwortung zu übernehmen.

FRAUEN TEILEN IHRE ERFAHRUNGEN

In unseren „Women’s Circles“ treffen sich zudem Frauen und Mädchen regelmäßig, um ihre Erfahrungen zu teilen und sich gegenseitig zu unterstützen. Hier geht es beispielsweise um gesunde und ungesunde Beziehungen, das Setzen von Grenzen, Selbstbewusstsein, Trauma und Resilienz.

Proyecto Florecer ist es aber auch wichtig, die sozialen Normen zu verändern, die geschlechtsspezifischer Gewalt zugrunde liegen. Wir möchten helfen, den Teufelskreis aus Armut, Arbeitslosigkeit und Diskriminierung in Kolumbien zu durchbrechen. Alle Frauen haben es verdient, ihr Leben selbstbewusst zu gestalten.

Angeichts der anhaltenden Gewalt und Unterdrückung von Frauen in Kolumbien ist der Weg zu echter Gleichstellung noch weit. Um geschlechtsspezifische Gewalt anzugehen, sind vielfältige Maßnahmen nötig.

Es gilt, sowohl Frauen umfassende Hilfe zu bieten als auch die tiefer liegenden Gründe für die Missstände anzugehen. Beispielsweise ist es nötig, die Justiz zu stärken, um Straftäter konsequenter zur Rechenschaft zu ziehen. Qualitativ hochwertige Bildung für Frauen ist essenziell – aber auch Bildung von Männern in Bezug auf Frauenrechte und angemessenes Verhalten gegenüber Frauen.

LINKS

Proyecto Florecer:

<https://proyectofloreceer.org>

Human Rights Watch, Colombia, Events of 2023:

<https://www.hrw.org/world-report/2024/country-chapters/colombia>



GIOVANNI PUGLISI

ist Journalist, Gründer und Medienberater bei Proyecto Florecer. Er hat einen

Masterabschluss von der

London School of Economics.

giovanni.puglisi@alumni.lse.ac.uk

Blieben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



Heutige Mitgiftzahlung

In vielen afrikanischen Gesellschaften gehört die Zahlung einer Mitgift, bevor der Bräutigam die Braut heiraten darf, zur Tradition. Sie beinhaltet oft eine aufwendige Zeremonie.

Die größte Ethnie in Kenia sind die Kikuyu. Sie bezeichnen die Zeremonie der Mitgiftzahlung als „Ruracio“. Früher diente sie als eine Art Garantie für die Sicherheit der Braut und sorgte für ihr Wohlbefinden in der neuen Familie.

Heute bietet die Ruracio, die in der Regel einige Tage oder Monate vor der eigentlichen Hochzeit stattfindet, eine Gelegenheit zum gemeinsamen Feiern. Sie stärkt die kulturelle Identität, die Bräuche und Traditionen, die von einer Generation an die nächste weitergegeben werden.

Die Zeremonie beginnt in der Regel am Nachmittag im Haus der Familie der Braut. Dort findet sich der Bräutigam mit seinem Gefolge ein, das mit ekstatischen Gesängen und Tänzen versucht, die Verwandten der Braut zu überreden, sie ins Haus zu lassen. Das geht so lange, bis ihnen Einlass gewährt wird.

Sobald sich die Stimmung beruhigt hat, beginnt der Prozess der Mitgiftverhandlungen. Während dieser Zeit ist die Braut nicht anwesend, sondern wird von ihrem Vater und ihren Onkeln vertreten. Die Familie des Bräutigams wird von den Ältesten angeführt und bietet der Familie der Braut die Mitgift an. Beide Familien besprechen, was die Mitgift beinhaltet,

und vereinbaren die Bedingungen der Ehe.

Einige Gegenstände sind für die Mitgift aufgrund ihres symbolischen Wertes verpflichtend: Decken für beide Großmütter der Braut sowie Mäntel, Hüte und Spazierstöcke für die Großväter. Die Mutter der Braut erhält Weizen, Mais, Teeblätter und einen Wassertank als Entschädigung dafür, dass ihre Tochter ihre Aufgabe des Wasserholens für den Haushalt nicht mehr erledigen kann.

David, 31, und Sheila, 26, haben vor kurzem ihre Ruracio in der Küstenregion Kenias abgehalten, woher die Braut stammt. David erklärt, dass der Gegenwert für die Braut variere. Manche Familien gäben einen Wert an, der den Bräutigam nicht belastet und gleichzeitig ihre Tochter nicht entwertet. Die Mitgift einer Braut wird laut David hauptsächlich durch die Höhe der Mitgift bestimmt, die ihr Vater für ihre Mutter bezahlt hat. Manche Familien bestimmten den Brautpreis, indem sie die Ausgaben für die Ausbildung ihrer Töchter vom Kindergarten bis zur Universität hinzurechnen.

In Davids Fall wurde er gebeten, den Wert von 100 Ziegen für Sheila zu bezahlen, die jeweils umgerechnet knapp 30 Dollar wert sind. Traditionell wurden die Ziegen und Kühe physisch übergeben, aber heutzutage geben die meisten Familien Bargeld.

Die Zeremonie, die bis zum Sonnenuntergang dauert, setzt sich mit einem Festmahl und fröhlichem Gesang und Tanz fort. Der Bräutigam muss vorher noch die Braut, die in ein traditionelles Kikuyu-Gewand gekleidet ist, enthüllen.

David arbeitet als Buchhalter in Nairobi und Sheila ist Influencerin auf Social Media. Auf die Frage, warum sie diese Traditionen beibehalten, obwohl sie als modernes Paar leben, antwortet David: „Wir wollen nicht, dass Traditionen untergehen.“ Beide erklären, dass trotz des Drucks, die Mitgift zu zahlen, dieser Akt Teil der Ehrung ihrer Eltern, der Wertschätzung ihrer Beziehung und der Besiegelung ihrer Verpflichtung ist.



ALBA NAKUWA
ist freie Journalistin aus dem Südsudan und lebt in Nairobi.
albanakwa@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 27.08.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalıskan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD; CvD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO),
Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treek (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi
(Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).





Kultur-Spezial

Wie in jedem Sommer stellt die E+Z/D+C-Redaktion Bücher und Filme vor, die uns gut gefallen und die wir als Tipp empfehlen möchten. Die Werke haben einen entwicklungspolitischen Bezug, und wir würden uns freuen, wenn sie eine Anregung zum Lesen oder Anschauen geben. Dieses Jahr verteilen wir unser Kultur-Spezial auf zwei Digitale Monatsausgaben – im August und September.

FILM

Wie man einen Tiger tötet

Die oscarnominierte Dokumentation „To Kill a Tiger“ erzählt die Geschichte eines Vaters und seiner Tochter in Indien. Die beiden kämpfen für Gerechtigkeit, nachdem das Mädchen vergewaltigt wurde. Dabei trotzen sie den patriarchalen Strukturen in Gesellschaft und Justiz.

Von Konstantin Auwärter

Kiran ist 13 Jahre alt, als sie nach einer Hochzeitsfeier von drei Männern aus ihrem Dorf brutal vergewaltigt wird. Sie erzählt ihren Eltern davon, die umgehend Anzeige erstatten und die Täter vor Gericht anklagen lassen. Der Dokumentarfilm „To Kill a Tiger“ begleitet auf einfühlsame Weise den darauf folgenden emotionalen und juristischen Aufarbeitungsprozess.

Kirans Vater Ranjit ist Reisbauer im ostindischen Bundesstaat Jharkhand. Er arbeitet hart, um seiner Frau Jaganti und den sieben gemeinsamen Kindern ein möglichst gutes Leben zu bieten. Nichts ist Ranjit wichtiger als eine sichere, selbstbestimmte Zukunft für seine Nachkommen: „Sie sollen nicht so machtlos sein wie ich. Die Leute sollen sehen, dass ich ihnen trotz Armut eine gute Bildung und Werte vermittelt habe.“

Deshalb setzt er sich vehement für seine Tochter ein, trotz enormen Drucks von außen. Die Dorfgemeinschaft möchte Kiran

mit einem der Täter zwangsverheiratet und den Fall so „intern“ klären, anstatt ein unabhängiges Gericht entscheiden zu lassen. Ranjit wird zunehmend angefeindet und erhält Morddrohungen. In Gesprächen bedienen sich seine Nachbar*innen klassischer Narrative der Täter-Opfer-Umkehr: Kiran sei selbst schuld an der Vergewaltigung – was habe sie so spät überhaupt noch auf der Hochzeit zu suchen gehabt? Hätte Ranjit sie als Vater nicht besser schützen müssen?

Sexualisierte Gewalt ist in Indien – wie in sehr vielen Ländern – nach wie vor ein immenses Problem. 2022 zählte das nationale Kriminalamt 90 Anzeigen wegen Vergewaltigung pro Tag. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass die Dunkelziffer um ein Vielfaches höher ist. Die in den letzten Jahren verschärften Gesetze gegen Vergewaltigungen finden in der Realität nur selten Anwendung, auch weil Opfer noch immer mit gesellschaftlichen Stigmata und Schuldzuweisungen konfrontiert werden.

Ursprünglich sollte der Film die Frauenrechtsaktivist*innen porträtieren, die Kirans Familie unterstützen. Sie besuchten regelmäßig das Dorf und leisteten emotionalen wie rechtlichen Beistand. Während der Dreharbeiten entschied sich die kanadisch-indische Regisseurin Nisha Pahuja dann, den Fokus auf Kirans und Ranjits Geschichte zu legen.

Mit viel Einfühlungsvermögen und beeindruckenden Bildern gelingt es Pahuja, die Grauenhaftigkeit des Verbrechens, die Vielschichtigkeit seiner Nachwehen und die inneren Konflikte der Familie greifbar zu machen. Ranjit ist kein tollkühner Held, sondern hadert immer wieder mit sich und seiner Umwelt. Mehrmals scheint es, als würde er aufgeben. Ebenso wird Kiran nicht auf ihr Opferdasein reduziert. Ihre Aussage vor Gericht, für die sie sich dem tief sitzenden Trauma stellt, ist ein Akt der Selbstermächtigung.

Schlussendlich leistet sie damit den entscheidenden Beitrag zum richtungsweisenden Urteil, das die Angeklagten mit jeweils 25 Jahren Haft bestraft. Nach Angaben der Macher*innen des Films hat sich seither die Zahl der angezeigten Vergewaltigungen in der Region verdoppelt.

Somit macht der Film Hoffnung. Er demonstriert, wie funktionierende Institutionen und Gesetze langfristig zu mehr Geschlechtergerechtigkeit und gesellschaftlichem Wandel in Indien und darüber hinaus beitragen können. „To Kill a Tiger“ zeigt allerdings auch: Gerechtigkeit für Vergewaltigungsopfer ist nach wie vor keine Selbstverständlichkeit. Erforderlich dafür sind Menschen mit viel Mut und Durchhaltevermögen. Mitunter deshalb vergleicht Ranjit im Film den Weg zur Gerechtigkeit mit der Tötung eines Tigers.

Inzwischen ist Kiran, deren echter Name unerwähnt bleibt, volljährig und hat der Veröffentlichung des Films zugestimmt. Nach der Premiere 2022 erhielt „To Kill a Tiger“ mehrere Auszeichnungen bei internationalen Filmfestivals sowie eine Oscarnominierung in der Kategorie bester Dokumentarfilm. Im März 2024 sicherte sich Netflix die Rechte an der Dokumentation, die dort weltweit in verschiedenen Sprachen zu sehen ist.

FILM

To Kill a Tiger. 2022, Kanada, 2 h 8 min, FSK 16.
Regisseurin: Nisha Pahuja.



KONSTANTIN AUWÄRTER hat diesen Text im Rahmen seines Praktikums in der E+Z/D+C-Redaktion verfasst. Er studierte zu dieser Zeit

Internationale Beziehungen und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt.
euz.editor@dandc.eu



Protest gegen die frühzeitige Entlassung verurteilter Vergewaltiger 2022 in Kalkutta.

MIGRATION

Zugehörigkeit zwischen den Welten

In „The Namesake“ (Deutsch: „Der Namensvetter“) erzählt Jhumpa Lahiri die Geschichte einer indisch-amerikanischen Familie, die sich die Frage stellt: Wo gehören wir dazu?

Von Maren van Treel

Die meisten Menschen möchten irgendwo dazugehören. Zwar ist das Bedürfnis bei weitem nicht so unmittelbar wie das nach Nahrung, doch ist Zugehörigkeit entscheidend für Zufriedenheit und Lebensqualität. Zugehörigkeit in einer globalisierten Welt ist das Motiv im Roman „The Namesake“ der Schriftstellerin und Pulitzer-Preisträgerin Jhumpa Lahiri, als Tochter bengalischer Eltern in London geboren und in den USA aufgewachsen. Wie Chitra Banerjee Divakaruni, Amitav Ghosh und Salman Rushdie gehört sie zu der kleinen Gruppe indischstämmiger internationaler Bestsellerautor*innen, die auf Englisch schreiben.

Die Geschichte erzählt das Leben der Gangulis an der Ostküste der USA und auf ihren Reisen in die Heimat nach Kalkutta. Für alle Beteiligten ist das ein Leben zwischen den Welten: Die Eltern Ashima und Ashoke sind aus dem indischen Bundesstaat Westbengalen und mit dem Herzen zum Großteil im Vaterland, aber die Kinder Sonia und Gogol in den USA geboren.

Alle vier ringen im Lauf der Jahrzehnte von den späten 1960ern bis zum Jahr 2000 mit ihren Zugehörigkeitsgefühlen und den Eigenheiten, die ein Leben zwischen den Welten mit sich bringt. Dabei entstehen Außenseiter-Gefühle nicht immer nur in den USA: Selbst auf einer Reise in einen anderen Bundesstaat Indiens fühlt sich die Familie plötzlich fremd. Zwar blickt die Erzählung allen über die Schulter, konzentriert sich aber vor allem auf Gogol, der nach dem russischen Schriftsteller Nikolai Gogol benannt ist.

Gogols Gefühl, Außenseiter zu sein, beginnt schon früh bei seinem Namen, den er zwar später gegen einen anderen tauscht,

von dem er aber doch nie ganz loskommt. Gerade zu Beginn distanziert sich Gogol stark von seinen indischen Wurzeln, seine Schwester Sonia und er wünschen sich zu Hause Hotdogs. Die Eltern feiern ihnen zu Liebe sogar Weihnachten. Auf den Reisen nach Kalkutta fühlen sich beide Kinder fehl



Jhumpa Lahiri 2022 in Rom.

am Platz, und Gogols amerikanischen Freunde fragen ihn nie nach seinen Erfahrungen dort. Die Welten bleiben getrennt. Gogol hat das Gefühl, zwar akzeptiert, gemocht und geliebt zu werden, aber weder völlig verstanden noch wirklich gekannt zu werden.

EINE WENDUNG BRINGT DIE WURZELN NÄHER

Seine ersten Beziehungen hat Gogol mit Amerikanerinnen, deren Eltern nicht aus dem Ausland kommen. Er studiert Architektur und scheint entschlossen, nicht wie seine Eltern eine arrangierte Ehe mit einer Inderin einzugehen. Seine Freundinnen interessieren sich für seine Wurzeln und Erfahrungen, dennoch scheint eine unüberbrückbare Distanz zu bleiben. Ein einschneidendes tragisches Ereignis ändert

dann aber die Vorzeichen der Geschichte: Plötzlich fühlt er sich seinen indischen Wurzeln verbunden, sucht ihre Nähe, trennt sich von seiner Freundin, die wiederum eifersüchtig ist auf seine Familie, der er jetzt so viel Zeit widmet.

Letztlich heiratet er kurz entschlossen eine Amerikanerin mit indischen Wurzeln, die wie er zwischen den Welten aufgewachsen ist. Das entspricht dem Vorschlag – und Wunsch – seiner Mutter. Die Frage nach der Zugehörigkeit lässt ihn und seine Frau trotzdem nicht los: Kann man sich einander verbunden fühlen durch geteilte Erfahrungen des Außenseitertums, des Nicht-ganz-Dazugehörens, weder in der einen noch der anderen Welt? Haben sie sich wirklich füreinander entschieden oder doch nur kapituliert?

Der Plot lässt bis zum Ende keinen Stein auf dem anderen. Die Charaktere gehen durch ein Wechselbad der Gefühle und alles präsentiert sich einem in Grautönen und in der Rätselhaftigkeit, die das Leben an sich hat, in dem man manchmal nicht nur die Motive der anderen nicht kennt, sondern noch nicht einmal die eigenen. Nur ganz zum Schluss scheint ein gewisser innerer Frieden einzukehren, aber vielleicht auch wieder nur, bis das Leben den Charakteren die nächsten Gründe zum Zweifel bringt.

Der Roman ist sehr lesenswert, weil er das Leben in seinen Nuancen und seiner ständigen Vorläufigkeit sehr gelungen einfängt. Auch das Gefühl, nicht dazuzugehören, das vermutlich jeder und jede aus dem eigenen Leben in irgendeiner Form kennt, wird so treffend beschrieben, dass man sich verstanden fühlt und auf emotionaler Ebene mit den Charakteren verbunden. Neben dem universell Menschlichen ist der Roman aber auch eine schöne Möglichkeit, in den kulturellen Kosmos einer indoamerikanischen Familie einzutauchen und ein wenig über bengalische Traditionen und Kultur zu lernen.

BUCH

Lahiri, J., 2003: *The namesake*. Boston, Houghton Mifflin. (Auf Deutsch: 2003: *Der Namensvetter*. München, Blessing.)



MAREN VAN TREEL ist die Social-Media-Redakteurin von E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



Tamikrest in Hamburg.

MUSIK

Das Bündnis der Wüste

Tamikrest vereint die Musik der Tuareg mit Elementen westlicher Rockmusik. Die Band will mit Gitarren statt Waffen für die Anliegen ihrer Gemeinschaft kämpfen, die seit Jahrzehnten in der Sahara unterdrückt wird.

Von Katharina Wilhelm Otieno

„Tamikrest“ bedeutet „Knotenpunkt“ oder „Bündnis“ auf Tamaschek, der Sprache der Tuareg. Ousmane Ag Mossa, Bandleader, Songschreiber und Sprecher der Gruppe, gründete sie 2006 zusammen mit Freund*innen in der Wüstenstadt Kidal im Norden Malis. Seit Jahren flammten dort immer wieder Kämpfe zwischen Tuareg-Rebellen und der malischen Regierung auf. Diese gipfelten darin, dass die Rebellen 2012 die Unabhängigkeit der Azawad-Region erklärten. Ein vielschichtiger Konflikt mit zahlreichen Akteuren folgte. Der zunächst als religiös neutral deklarierte unabhängige Staat zerbrach schließlich an der Einmischung islamistischer Gruppen im Azawad.

Die Geschichte der Tuareg ist bestimmt vom Kampf, als freies Volk anerkannt zu werden. Insbesondere die Regierungen Nigers und Malis unterdrücken die Gemeinschaft nach wie vor. Zunehmend wird versucht, die Tuareg mit dem globalen Dschihad, dem militärischen Kampf für die Ausbreitung des Islam, in Verbindung zu bringen, dabei ist ihr Freiheitskampf mindestens 30 Jahre älter als Gruppen wie Al-

Qaida. Erst im vergangenen Jahr entbrannte der Konflikt zwischen Tuareg-Rebellen und Malis Armee erneut.

Kindheit und Jugend der Bandmitglieder waren von den Kämpfen geprägt. Viele verloren Angehörige. In der Gründung von Tamikrest manifestierte sich ihr Entschluss, sich diesen Kämpfen nicht anzuschließen und sich stattdessen mit Musik für die Tuareg einzusetzen.

In einem Interview mit der Zeitung *The Guardian* erzählte Mossa, dass er eigentlich Anwalt werden wollte – ein Anwalt für seine Gemeinschaft. Dass er stattdessen Musiker geworden ist, sei letztlich dasselbe.

Die Themen, die Tamikrest in ihren Liedern ausschließlich auf Tamaschek behandeln, entsprechen dieser Haltung. Es sind Weckrufe an ihre Gemeinde, sich zusammenzuschließen und über die eigene Zukunft zu bestimmen. Aber es geht auch um das Beklagen von Verlusten und um Heimatlosigkeit bei gleichzeitiger Bewunderung für die Schönheit ihres Zuhauses, der Sahara.

Ihre Musik hat Tamikrest immer wieder nach Europa geführt, wo sie mit vielen Künstler*innen zusammengearbeitet haben. Mittlerweile gibt es auch französische Bandmitglieder.

Ein weiteres Thema beschäftigt Tamikrest so sehr, dass die Band ihm ein ganzes Album gewidmet hat. „Chatma“

(„Schwestern“) heißt das dritte von sechs Alben, ihr bislang stärkstes Werk. Die Lieder sind in den Worten der Band inspiriert vom „Mut der Tuareg-Frauen, die sowohl das Überleben ihrer Kinder als auch die Moral ihrer Väter und Brüder gesichert haben“.

Es sind die Frauen, die in den Flüchtlingscamps der Sahara für ihre Familien kämpften, nachdem viele Tuareg aus Nordmali und anderen Gegenden fliehen mussten. Es sind aber auch die Frauen, die am stärksten unter der strengen Scharia, dem islamischen Gesetz, leiden, das islamistische Gruppen mittlerweile im Azawad durchgesetzt haben.

Der Eröffnungssong „Tisnant an Chatma“ („Das Leiden meiner Schwestern“) beschreibt diese Erfahrungen in stolzer und zugleich bitterer Poesie: „Wer kann das Leid ermessen, das die Seele empfindet / einer, die ihre Schwestern erschöpft sieht vom Warten / einer, die ihre Schwestern erschöpft sieht vom Warten zwischen Ländern, in tiefer Not / und täglicher Unterdrückung?“

Durch das Album hindurch trägt die gespenstische Stimme der Sängerin Wonou Walet Sidati im Tandem mit Mossa – zusammen mit mehreren meist elektrischen Gitarren. Im Hintergrund trommelt Schlagzeug gegen Djembé an.

Die Mitglieder von Tamikrest kombinieren Rockmusik mit Elementen der musikalischen Tradition der Tuareg. Sie folgen damit ihrem Vorbild Tinariwen, einer Tuareg-Band, die diesen „Wüsten-Blues“ bereits in den 1980er-Jahren prägte, entwickelten aber ihren eigenen, moderneren Sound. Das merkt man bei Liedern wie „Imanin bas zihoun“ oder „Djanegh etoumast“, deren vorwärtsdrängende Gitarren nicht zum Bild der ruhigen, weiten Sahara passen wollen.

„Tamikrest“ kann auch „Wegkreuzung“ oder „Zukunft“ bedeuten. Mossa sagte im *Guardian*, dass das einzige Anliegen seiner Musik das Anliegen der Tuareg sei – und der Traum von der Unabhängigkeit seines Volkes kompromisslos.

LINK

<https://www.tamikrest.net/>



KATHARINA WILHELM OTIENO

ist Redakteurin bei E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu

ROMAN

Geschichten im Fluss der Zeit

Der Roman „Die Abtrünnigen“ von Nobelpreisträger Abdulrazak Gurnah spielt in Sansibar und erzählt vom Widerstand gegen gesellschaftliche und kulturelle Normen und von der Kraft der Liebe, verwoben in historischen, politischen und kulturellen Kontexten.

Von Dagmar Wolf

Auf seinem Weg zur Moschee bemerkt der Krämer Hassanali einen Schatten, den er zuerst für einen bösen Geist hält. Doch dieser seufzt und stöhnt und gibt sich somit zweifelsohne als menschliches Wesen zu erkennen. Der leichenblasse Mann ist der britische Kolonist Martin Pearce. Obwohl Hassanali keinen Platz und kaum Geld hat, lässt er den Mzungu – den Weißen – zu sich nach Hause bringen. Dort pflegt ihn seine Schwester Rehana, bis der Kolonialbeamte Frederick Turner, ein Landsmann des Aufgefundenen, Pearce zu sich holt.

Für Pearce sind die Kolonialisten, ihr imperiales Gehabe und ihre herablassende Haltung der einheimischen Bevölkerung gegenüber ein Gräuelfeld. So ist der Plantagenverwalter Burton der festen Überzeugung, dass die Zukunft Großbritanniens in Afrika im sukzessiven Verschwinden der afrikanischen Bevölkerung liege, an deren Stelle europäische Siedler*innen treten würden. Pearce hingegen ist der Meinung, dass die Kolonialisten den Einheimischen die Sorge um ihr Wohl schuldig sind, „für die Art, wie wir in ihr Leben eingedrungen sind und ihre Gewohnheiten gestört haben“.

Er kehrt mehrfach durch das enge Gassengewirr von Stone Town in das Haus von Hassanali zurück. Aus der von ihrem Mann verlassenen Rehana und ihm wird ein heimliches Liebespaar. Als der Krämer davon erfährt, wirft er seiner Schwester vor, jedes Maß an Anstand verloren zu haben – obwohl die Geschwister selbst Kinder einer gesellschaftlich geächteten Ehe zwischen einem Inder und einer Swahili sind. Auch in der Welt der Kolonisten stößt die Liebesbeziehung auf Missgunst. Die beiden fliehen nach Mombasa und leben eine Weile offen in wilder Ehe zusammen, bis Pearce

die schwangere Rehana eines Tages verlässt.

Aus dem Jahr 1899 springt die Erzählung zum Ende der 50er-Jahre des 20. Jahrhunderts, als der ganze afrikanische Kontinent von Aufständen gegen die koloniale Fremdherrschaft erschüttert wird. Inmitten dieser politischen Umwälzungen wachsen die Geschwister Amin, Rashid und Farida in Sansibar auf. Amin verliebt sich in die etwas ältere Jamila.

Die heimliche, leidenschaftliche Liebesbeziehung zwischen den beiden fliegt auf und droht schon bald am Widerstand der Familien und den gesellschaftlichen Zwängen zu zerbrechen, denn um die geheimnisvolle Jamila ranken sich allerlei Gerüchte: Sie soll schon einmal verheiratet gewesen sein, ihr Mann habe sie verstoßen, ihre Familie sei verflucht. Es stellt sich heraus, dass bereits Jamilas Großmutter einst für eine verbotene Liebe alles riskiert hatte. Mit Rehanas Enkeltochter setzt sich die Geschichte also fort.

Rashid, Amins kleiner Bruder, studiert dank eines Stipendiums in London. Aufgrund der politischen Situation zu Hause kann er viele Jahre nicht zurück in seine Heimat. In London leidet er unter dem unerträglichen Gefühl des Fremdseins. Er grübelt viel. Die tragische Liebesgeschichte seines Bruders lässt ihn nicht los. Während einer Veranstaltung zum Thema „Race und Sexualität in den Werken von Siedlern in Ke-

nia“, in der er über Rehana und ihre Affäre mit dem Engländer erzählt, spricht ihn eine Teilnehmerin an. Sie kennt die Geschichte aus Erzählungen ihres Großvaters, der um die Jahrhundertwende Distriktverwalter in einer kleinen Stadt an der Küste Kenias war. Die Fäden laufen zusammen, Schicksale und Geschichten sind miteinander verwoben.

Genau das ist Gurnahs Absicht: zu zeigen, dass Geschichten nicht uns gehören, dass sie Schicksale in sich tragen und zufällig durch die Zeit fließen wie das Wasser im Fluss.

Viele Schicksale in Gurnahs Roman macht die Zeit, in der sie leben, dabei zu „Abtrünnigen“ – Pearce, der aus der Welt der Kolonialherren ausbricht, Rehana und Jamila, die sich der Gesellschaft widersetzen, oder Menschen, die nach England abwandern, weil sie dort ein besseres Leben führen können.

Einer dieser Menschen ist der Autor selbst. Geboren 1948 im Sultanat Sansibar, flüchtete er mit 18 Jahren nach Großbritannien. In Sansibar hatte es 1964 gewalttätige Ausschreitungen gegeben, vor allem gegen die arabischstämmige Minderheit muslimischen Glaubens, zu der auch Gurnah gehört. Heute ist er Professor emeritus für englische und postkoloniale Literatur an der University of Kent.

BUCH

Gurnah, A., 2023: Die Abtrünnigen. München, Penguin Random House.



DAGMAR WOLF
ist Redaktionsassistentin bei
E+Z/D+C.

euz.editor@dandc.eu



**Markt in Sansibar
zu Beginn des
20. Jahrhunderts.**

Abonnieren Sie E+Z auf WhatsApp

Folgen Sie diesem Link, um zu unserem WhatsApp-Kanal zu gelangen:

<https://www.whatsapp.com/channel/0029VadzDFx002T9AJLmq31U>



Wir werden hier unseren aktuellen Content und auch ältere, wichtige Beiträge teilen. Auch ein Quiz oder eine kleine Umfrage kann gelegentlich dabei sein.

E+Z ist darüber hinaus präsent auf LinkedIn, Facebook und www.twitter.com (X)



D+C Development and Cooperation



D+C Development and Cooperation



@forumdc

DEMOKRATIE

Der plötzliche Sturz einer Despotin

Sheikh Hasina, die länger an Bangladeschs Regierungsspitze stand als alle anderen vor ihr, ist am 5. August zurückgetreten. Nach blutigen Protesten mit rund 800 Toten einschließlich 70 Minderjähriger war das unvermeidlich.

Von Ridwanul Hoque

Im Juli demonstrierten Studierende für Chancengleichheit im öffentlichen Dienst Bangladeschs. Dort gab es eine 30-Prozent-Quote für die Nachkommen von Freiheitskämpfer*innen im Unabhängigkeitskrieg gegen Pakistan im Jahr 1971. Weitere 26 Prozent der Stellen waren für andere Gruppen, wie etwa Frauen, reserviert. Auf Qualifikation kam es also nur bei dem Rest an. In einem Land mit hoher Arbeitslosigkeit war das unhaltbar.

Tatsächlich hatte Hasina die Quoten 2018 nach damaligen Protesten schon einmal abgeschafft. Nachfahren von Freiheitskämpfer*innen zogen aber vor Gericht, und der High Court setzte das Quotensystem wieder in Kraft. Als es nun wieder Demonstrationen gab, entschloss sich Hasinas Partei, die Awami League, für eine harte Repression des ursprünglich friedlichen Aktivismus.

Am 14. Juli fragte Hasina sarkastisch, ob es Quoten auch für die Nachfahren von Kollaborateur*innen mit der pakistanischen Armee geben sollte. Studierende antworteten entsprechend sarkastisch, sie stammten alle von Kollaborateur*innen ab. Die Repression wurde noch härter.

Am 19. Juli wurde eine Ausgangssperre verhängt, aber nicht eingehalten. Die Armee wurde in Marsch gesetzt und ein Schießbefehl erlassen. Täglich starben in nächsten Zeit 70 bis 80 Menschen.

Am 21. Juli setzte die Berufungsinstanz des High Court die Quotenregelung wieder außer Kraft. Dennoch wurde weiter demonstriert. Die Forderung war nun Gerechtigkeit für die Toten. Eltern stiegen ein, und die breite Öffentlichkeit machte mit. Die Todeszahlen stiegen.

Als am 5. August eine Demonstration mit millionenfacher Beteiligung in der

Hauptstadt Dhaka erwartet wurde, weigerte sich die Armee, das Blutbad fortzusetzen. Hasina wurden 45 Minuten für den Rücktritt gegeben, und ihr Sohn Joy half, sie zu



Demonstrant am 4. August in Dhaka.

dem Schritt zu bewegen. Sie floh nach Indien, dessen Regierung ihr zunehmend autoritäres Regime stets unterstützt hatte.

Am 8. August wurde eine Übergangsregierung gebildet – unter der Leitung von Mohammed Yunus, dem Friedensnobelpreisträger, der mit der Grameen Bank Kleinsparprogramme entwickelt hatte. Dass die studentische Protestführung ihn wollte,

zeigt, dass sie sich Pragmatismus wünscht. Fest steht jedenfalls, dass sie breite gesellschaftliche Unterstützung hat.

Hasina ist die Tochter von Sheikh Mujibur Rahman, der Bangladesch 1971 in die Freiheit führte. Er und seine gesamte Familie wurden aber 1975 bei einem Militärputsch ermordet. Nur Hasina und eine Schwester überlebten im Ausland. Mujib hatte das Land zu einem Einparteiensstaat unter der Führung seiner Awami League gemacht. Hasina blieb jahrelang im Exil, kehrte später heim und übernahm 1981 die Leitung der Partei.

1996 wurde sie erstmals Premierministerin in einer freien Wahl mit mehreren Parteien. 2008 kehrte sie an die Macht zurück, nachdem sie Wahlen gewonnen hatte, die eine Übergangsregierung organisiert hatte. Dann schaffte sie die Verfassungsregel ab, die Übergangsregierungen mit dieser Aufgabe betraut hatte. Dank Wahlmanipulation blieb sie fortan im Amt.

Ihr Regime war autokratisch und gab niemandem Rechenschaft. Es war für grenzenlose Korruption und Geldwäsche im Ausland bekannt.

Viele sprechen nun von der zweiten Befreiung nach dem Unabhängigkeitskrieg. Es beunruhigt aber, dass randalierende Mobs Hasinas Heim verwüstet haben und verschiedene historisch wichtige Gebäude nicht schonen. Dass es zudem Ausschreitungen gegen Hindus gab, verstört noch mehr.

Das Land steht vor einer ungewissen Zukunft. Polizei und Justiz funktionieren nicht richtig. Verheerende Hochwasser überschwemmen Teile des Landes. Allerdings sind die Leute resilient und wollen eine bessere Zukunft.

Yunus hat freie und faire Wahlen angekündigt, aber noch keinen Termin. Die wichtigste Aufgabe der Übergangsregierung ist vermutlich, mindestens eine glaubwürdige und breitenwirksame Partei mit einem echten Entwicklungsprogramm zu gründen. Andernfalls dürfte die BNP wieder an die Macht kommen, die ewige Gegenspielerin der Awami League. Ihr Ruf ist leider nur geringfügig besser.



RIDWANUL HOQUE
ist ein ehemaliger
Juraprofessor der Universität
Dhaka.
ridwandulaw@gmail.com

KORRUPTION

Untergraben des Gemeinwohl

Kein Land ist vor Korruption sicher. Doch wenn Beamt*innen sich bestechen lassen oder Gefälligkeiten für normale Dienstleistungen verlangen, erodiert der soziale Zusammenhalt. Wir müssen alle genau hinschauen.

Von Glenn Brigaldino

Bestechung ist immer unfair. Sie verschafft manchen Vorteile, die anderen verwehrt bleiben – sei es durch Schmiergeld für offizielle Dokumente oder die Genehmigung einer sonst illegalen Baumaßnahme. Im schlimmsten Fall beendet Korruption das Vertrauen in den Staat. So werden öffentliche Strukturen immer instabiler und ineffektiver – und autoritäre Führung erscheint zunehmend attraktiv. Korruption auf hoher Ebene befördert dabei auch die Korruption im Kleinen.

Zu leiden haben dann immer lokale Gemeinschaften. Wer nicht zahlen kann oder will, bleibt von öffentlichen Dienstleistungen ausgeschlossen. Korrupte Staatsbedienstete entscheiden, wer Gesundheitsversorgung, Bildung, Arbeitsmöglichkeiten, sauberes Wasser oder Strom bekommt. Und weil viele, statt sich für guten Service für alle, lieber um neue Schmiergeldmöglichkeiten kümmern, leidet die Politik insgesamt.

Diese Zusammenhänge sind bekannt. Transparency International beobachtet und bekämpft Korruption seit der Gründung 1993. Begriffe wie „Rechenschaftspflicht“ und „gute Regierungsführung“ wurden zu wichtigen Themen. Um die Jahrtausendwende stand der Kampf gegen Korruption hoch auf der internationalen Agenda.

Menschen wehren sich so gut sie können gegen Korruption. In einer afrikanischen Großstadt nutzte ein Mitarbeiter eines Stromversorgungsunternehmens seine Position aus, indem er Strom abklemmte und betroffenen Haushalten gegen eine Extragebühr den Wiederanschluss anbot. Als eine Gruppe von Frauen seinen Trick durchschaute, versammelten sie sich unter dem Strommast, den er hochgekllettert war, und

ließen ihn erst wieder herunter, nachdem er versprach, das nie wieder zu tun.

So zu handeln, erfordert Mut und Zusammenhalt. Gegen korruptes Beamtentum vorzugehen, ist nicht leicht. Nur wo Rechtsicherheit besteht, trauen sich Menschen, gemeinsam gegen Unrecht vorzugehen und überhaupt ihre Meinung zu äußern. Gerade in Ländern mit korrupten öffentlichen Strukturen inklusive Justiz werden Menschenrechte oft missachtet – selbst wenn die Verfassung formell Meinungs- und Versammlungsfreiheit garantiert.

Geberregierungen betonen seit rund 30 Jahren den Kampf gegen Korruption. Allzu oft entpuppt sich das als hohl. In Afghanistan verschwanden Milliarden von Dollar wegen Korruption, was jede westliche Regierung wusste. Oft akzeptieren Geberinstitutionen weit verbreitete Korruption oder schauen weg, besonders in ressourcenreichen afrikanischen Konfliktländern. Unter dem Deckmantel des „politischen Dialogs“ fließt dann Geld für Entwicklungsprojekte, nicht selten auch an das Militär. Derweil leiden in denselben Ländern Massen unter tief verwurzelter Ungleichheit und schlech-

ten öffentlichen Diensten. Ob auf niedriger oder hoher Ebene – Korruption verhindert Fortschritt.

Geberinstitutionen sollten im Sinne einer öffentlichen Rechenschaftspflicht zivilgesellschaftliche Gruppen statt korruptionsanfällige Regierungen unterstützen. Leider erleben wir aber selbst in vermeintlich fortgeschrittenen Ländern oft Rückschritte.

In den USA hat der Oberste Gerichtshof kürzlich entschieden: Um Bestechung handelt es sich nur, wenn Amtstragende vor einer Entscheidung Geld erhalten. Spätere Zahlungen seien dagegen Dankesgesten. Es ist sicherlich kein Zufall, dass zwei der Richter teure Urlaube und andere Gefälligkeiten von superreichen Personen angenommen haben, die von ihren Entscheidungen profitierten.

So etwas sendet ein fatales Zeichen im Kampf gegen Korruption. Es zerstört den sozialen Zusammenhalt – und zwar nicht nur in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen. Wenn Staatsbedienstete anfangen, auf nachträgliche Dankesgesten zu schießen, wachsen die Probleme.



GLENN BRIGALDINO ist Sozialwissenschaftler und hat für verschiedene Entwicklungsorganisationen gearbeitet. Er lebt in Ottawa.

brigaldino.5542@rogers.com



Zwei Richter des US Supreme Court haben von Oligarchen bezahlte Luxusreisen unternommen – Protest in Washington.

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Missverständnisse ausräumen

Obwohl sich die entwicklungspolitische Realität in den vergangenen Jahren stark verändert hat, blickt der öffentliche und politische Diskurs weiterhin nur verengt auf die altruistischen oder humanitären Ziele der Entwicklungspolitik. Es muss klarer werden, wie relevant das Politikfeld gerade heute für die Lösung globaler Probleme ist.

Von Stephan Klingebiel

Der Entwicklungspolitik ist es weder ausreichend gelungen, sich als Gestaltungsinstrument zur Begegnung weltweiter Herausforderungen noch als zentraler Kooperationsansatz mit Partnern aus dem globalen Süden zu präsentieren. Entwicklungspolitik sollte exakter definieren können, welches Potenzial jenseits altruistischer Unterstützung liegt.

Dass sich die Entwicklungspolitik Deutschlands und der EU in den vergangenen Jahren stark verändert hat, hat vor allem vier Gründe:

1. Die neue Bedeutung geopolitischer und geoökonomischer Themen, wie etwa des systemischen Wettbewerbs der USA und anderer westlicher Akteure mit China, der Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine oder des Zugangs zu zentralen Rohstoffen. So ist etwa die Global-Gateway-Initiative ein wichtiges entwicklungspolitisches Projekt der EU, das sie seit 2021 chinesischen Infrastrukturprogrammen wie der Belt and Road Initiative als Alternative entgegensetzt.

2. Die Klimakrise und die Relevanz von CO₂-Reduktion und Anpassungsmaßnahmen. 2009 verpflichteten sich die Industrieländer, die Entwicklungsländer jährlich mit mindestens 100 Milliarden Dollar dabei zu unterstützen, CO₂-Emissionen zu reduzieren und Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Klimafinanzierungsarchitektur soll bis Ende 2024 auf eine neue Grundlage gestellt werden. In der Klimafinanzierung tragen wohlhabende Länder einerseits eine große Verantwortung. Andererseits verfolgen sie aber auch ein enormes Eigenin-

teresse, da die Folgen des Klimawandels nicht zuletzt in Deutschland spürbar sind. Klimafinanzierung ist ein wichtiger Anlass, globale öffentliche Güter bereitzustellen,



Hochwasser im Bodenseekreis: Auch dieses Jahr gab es Extremwetter in Deutschland. Entwicklungspolitik umfasst Maßnahmen, die Klimakrise global zu bekämpfen.

und bedient damit unmittelbare Eigeninteressen. Die Mittel hierfür werden dennoch überwiegend als Entwicklungszusammenarbeit verbucht, soweit dieses Geld aus den öffentlichen Haushalten stammt.

3. Aktives Migrationsmanagement. Seit 2015 führen entsprechende Maßnahmen zu entwicklungspolitischen Veränderungen. So hat die EU etwa seit dem vergangenen Jahr mit Tunesien, Ägypten und Mauretanien Abkommen zu Migrationsmanagement getroffen. Sie bauen auf einem ersten Abkommen von 2016 dieser Art mit der Türkei auf. Entwicklungszusammenarbeit ist ein

wichtiges Element in diesen Vereinbarungen, auch wenn sie aus verschiedenen Gründen umstritten sind.

4. Die populistischen und rechtsnationalen Strömungen, die zunehmend in Parlamenten und Regierungen vertreten sind, dort öffentliche Debatten mitprägen und den Diskurs über die Sinnhaftigkeit von Entwicklungszusammenarbeit stark mitbestimmen. Dies gilt zunehmend für Deutschland.

Entwicklungspolitik ist ein zentrales Element von „Soft Power“. Dies gilt für China und die Türkei ebenso wie für die USA und Deutschland. Soft Power im Sinne des Politikwissenschaftlers Joseph Nye ist eine Form der Machtausübung und bietet Gestaltungsmöglichkeiten durch die Überzeugungs- und Anziehungskraft eines Akteurs. Sie ist nachweisbar vorteilhaft, um internationale politische Entscheidungen zu beeinflussen. Sie ist aber auch ein ökonomischer Wettbewerbsvorteil. Neben anderen Ansätzen (etwa Studierende aus dem Ausland anzuziehen) ist die Entwicklungspolitik eines Landes belegbar ein zentraler Pfeiler von Soft Power.

In einem internationalen politischen Umfeld, das immer mehr auf „gemischte Allianzen“ von Ländern mit unterschiedlichen Zugehörigkeiten angewiesen ist („Westen“, „globaler Süden“, regionale Zuschreibungen etc.), ist es sinnvoll hervorzuheben, wie Entwicklungspolitik intergouvernementale Beziehungen, aber auch nichtstaatliche Netzwerke (etwa die politischen Stiftungen und Thinktanks) besser nutzen kann.

Ein solches Potenzial besteht nicht zuletzt mit Blick auf Länder wie Indien, die Türkei oder China, die in absehbarer Zeit international nicht mehr als Entwicklungsländer eingestuft werden. Es ist wichtig, mit diesen Ländern Dialogmöglichkeiten zu schaffen, um sich über Normen und Standards (etwa mit Blick auf die chinesischen Entwicklungsinitiativen) austauschen zu können.



STEPHAN KLINGEBIEL leitet das Forschungsprogramm „Inter- und transnationale Kooperation“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Er ist Gastprofessor an der Universität Turin sowie der Ewha Womans University in Seoul.
stephan.klingebiel@idos-research.de

Bauer im indischen Bundesstaat Assam.



SCHWERPUNKT

Wie sich Hunger beenden lässt

Das globale Ernährungssystem muss sich völlig ändern

Interview mit Sunita Narain (S. 21)

Lokale Wertschöpfungsketten sind entscheidend

Von Svenja Schulze (S. 23)

Ernährungssicherheit am Horn von Afrika

Von Christoph Schneider-Yattara (S. 25)

Übergewicht und Adipositas in Mexiko

Von Pamela Cruz (S. 27)

Pestizide sind schädlich

Von Susanne Neubert (S. 29)

Nachhaltige Landwirtschaft braucht maßvolle Tierhaltung

Von Cornelia Jäger (S. 32)

GESUNDE ERNÄHRUNG

Ökoansätze müssen Kosten der Landwirtschaft senken

Das globale Ernährungssystem schadet der Umwelt und verschärft die Armut in ländlichen Gebieten von Schwellen- und Entwicklungsländern. Es sollte komplett umgestellt werden, erklärt die renommierte indische Umweltschützerin Sunita Narain im Interview mit E+Z/D+C.

Sunita Narain im Interview mit Hans Dembowski

Was müssen wir tun, damit weltweit alle Menschen genügend hochwertige Nahrungsmittel bekommen?

Für Schwellen- und Entwicklungsländer sind drei Punkte entscheidend:

- Wir benötigen ein Agrarsystem, das gut für die Bauern ist und ihnen langfristig ein Auskommen bietet.
- Das System muss auf lokaler Ebene den Böden und der Umwelt guttun.
- Es muss gute Nahrung liefern und sicherstellen, dass sich alle Menschen gesund ernähren können.

Bitte erläutern Sie das.

Das derzeitige System benachteiligt die Bauern. In Indien bekommen sie sehr wenig für ihre Ware, die Masse bleibt daher arm. Inflation von Lebensmittelpreisen ist ein heißes Thema in Indien, daher will die Regierung die Preise drücken und importiert billige Lebensmittel. Somit steigen die Preise für die Erzeuger nicht, und die Bauern stehen noch schlechter da. Zugleich leiden die Landwirte unter mehr und schlimmeren Extremwetterereignissen. Einige erleben drastische Ernteinbußen. Wenn wegen dürrtiger Ernten die Preise steigen, werden noch mehr billige Lebensmittel importiert. Diese Verzerrung ist möglich, weil das Welthandelssystem gestattet, dass Indien von anderen Regierungen subventionierte Agrarrohstoffe einführt. Das System belohnt industrielle Landwirtschaft und bringt Kleinbauern in Not. Die industrielle Landwirtschaft schadet aber dem Klima und verschärft Extremwetterrisiken.

Was muss geschehen?

Wir müssen das globale Agrarsystem umkrempeln. Es muss weniger inputintensiv, lukrativer und risikoärmer für die Bauern werden. Das vermeintlich moderne Agrarsystem in Europa, Nordamerika und anderswo ist schlicht nicht nachhaltig. Es schadet dem Klima und der Artenvielfalt. Indien ist da noch nicht. Die EU-Subventionen sind furchtbar, sie haben die Bauern von staatlichen Beihilfen abhängig gemacht. Aber nur Großbetriebe werden genug bezuschusst, um zu florieren. Selbst in Europa werden Kleinbetriebe verdrängt. Als die EU beschloss, das System ökologischer zu machen, protestierten die Bauern, weil das weniger Geld für sie bedeuten würde. Die Reformen waren halbherzig, und jetzt haben Ihre Politiker sie noch weiter ausgebremst.

Inwiefern waren die Reformen halbherzig?

Nehmen wir den Biosektor. Die EU-Politik hat einen Nischenmarkt für wohlhabende Verbraucher geschaffen. Haushalte mit geringen Einkommen können sich diese Waren nicht leisten. Aber auch für die Landwirte ist Bioerzeugung teurer. Teils wird das durch zusätzliche Subventionen gedeckt, aber Bioanbau ist immer noch aufwendiger und teurer. Pestizide sind günstig, verglichen mit Unkrautjäten. Insgesamt ist das Subventionssystem immer noch darauf ausgerichtet, mit viel Input auf großen Flächen Erträge zu maximieren. Davon profitieren die agrochemische Industrie und multinationale Lebensmittelkonzerne, die gleichförmige Waren mögen.

Wir brauchen also eine regenerative Landwirtschaft.

Ja, allerdings nutzen multinationale Konzerne solche Begriffe immer wieder für sich. Sie verändern ihre destruktiven Muster leicht und bezeichnen sie dann als regenerativ. Das globale Ernährungssystem ist unglaublich zerstörerisch. Es verschärft die globale Umweltkrise und die Armut in den ländlichen Gegenden von Schwellen- und Entwicklungsländern, weil dortige Agrar-



Eine Frau füttert in einem Dorf im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh Büffel, die für die naturnahe Landwirtschaft sehr wichtig sind.

betriebe wegen der stark subventionierten Produkte aus reicheren Ländern nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Wer kann das ändern?

Wandel findet dort statt, wo Bauern die Vorteile anderer Ansätze erkennen und nachhaltigere Praktiken anwenden.

Meinem Eindruck nach tun das vor allem Subsistenzbetriebe. Sie sind sehr diversifiziert, aber die Familien können kaum genug für den Verkauf produzieren – und bleiben arm.

Das sehe ich anders. Ich denke etwa an das Programm Andhra Pradesh Community Managed Natural Farming. Andhra Pradesh ist ein Bundesstaat in Südindien, das Programm ist wissenschaftlich fundiert. Es zielt darauf, in die Bodenkapazität zu investieren, um Agrarbetriebe produktiver zu machen – mit exzellenten Ergebnissen. Die Betriebe sind gleich produktiv, aber die Landwirte erhalten mehr dafür. Solche Projekte bräuchte es vielerorts. Ökoansätze müssen für Bauern günstiger werden und ihnen ermöglichen, mehr zu verdienen.

Was würde das für das Konsumverhalten bedeuten?

Es mag Sie überraschen, aber als indische Umweltschützerin verfechte ich Vegetarismus oder Veganismus nicht. Beides ist in unserem Land mit seiner langen Tradition des Vegetarismus beliebt. Aber die Bauern müssen von etwas leben. Kühe sind in Indien sehr wichtig. Die Bauern brauchen die Milch, den Dung und das Fleisch. Indien ist der größte Milchproduzent der Welt, aber wir haben keine riesigen Höfe. Meist haben Familien ein oder zwei, höchstens zehn Kühe, ohne die sie noch ärmer wären. Sie hätten nichts davon, wenn alle in Indien vegetarisch lebten.

International sieht es aber ziemlich anders aus.

Das stimmt. Die globale Fleischproduktion ist sehr destruktiv. Sie treibt die Entwaldung voran. Großbetriebe setzen Antibiotika nicht zur Heilung ein, sondern vorbeugend. Das führt zu Arzneimittelresistenzen, was auch die Behandlung von Menschen erschweren kann. Viehzuchtbetriebe nutzen Wachstumshormone und verfüttern enorme Mengen an Mais und Soja. Heute wird mehr Land für den Tierfutteranbau genutzt

als für Nahrungsmittel für Menschen. Die reichen Länder essen zu viel Fleisch und geben so international ein schlechtes Vorbild ab. Aber ich möchte betonen, dass es nicht darum geht, ob wir überhaupt Fleisch essen, sondern wie das Fleisch, das wir essen, produziert wird. Der Mensch braucht Eiweiß, und Fleisch ist reich daran. Wenn Sie persönlich vegetarisch leben möchten, ist das Ihre Entscheidung – aber es sollte keine Re-

Zucker ist der neue Tabak. Die Forschung zeigt, dass zu viel davon der Gesundheit enorm schadet, aber die Lebensmittelindustrie will nicht, dass das den Menschen bewusst ist. Genauso Salz und Fett. Die Verbraucher sollten darüber informiert werden, wie viel Zucker, Salz und Fett sie essen dürfen und ab wann sie ihre Gesundheit gefährden. Man sollte ihnen sagen, dass sie mit einer großen Flasche Coca-Cola ihr



Deutsche Landwirte demonstrieren im Januar 2024 gegen Subventionskürzungen.

gierungsaufgabe sein. Was Regierungen aber tun müssen, ist Agrarbetriebe so zu regulieren, dass sie der Umwelt nicht schaden.

Was man essen sollte und was nicht, ist sehr umstritten.

Ich weiß. Bei Ihnen in Deutschland wurde die Partei Die Grünen einmal bei Wahlen abgestraft, weil sie einen vegetarischen Tag pro Woche in Betriebskantinen forderte. Soweit ich weiß, bestehen Rechtspopulisten jetzt auf das Recht, Fleisch zu essen – als wäre dieses Recht bedroht. Sie leugnen, dass zu viel Fleischkonsum ungesund ist, für den Einzelnen wie für den Planeten. Wir haben nur eine Welt, und wir müssen unsere Ernährung ökologisch betrachten.

Was halten Sie von Zucker?

Zuckerpensum für drei Tage erreicht haben und mit einer Portion Maggi-Nudeln dazu das Salzpensum für einen Tag. Leider ist die Lobby der multinationalen Lebensmittelkonzerne groß und verhindert eine angemessene Kennzeichnung. In vielen Ländern wissen die Menschen daher nicht Bescheid. Das ist tragisch, weil Menschen durchaus etwas ändern, wenn sie ein Problem wirklich verstehen.



SUNITA NARAIN
ist Geschäftsführerin des
regierungsunabhängigen
Thinktanks Centre for Science
and Environment in Delhi und

Chefredakteurin des Umweltmagazins Down to Earth.

X: @sunitanar



Erntehelferinnen auf einer Kakaopflanzung in Côte d'Ivoire.

WERTSCHÖPFUNGSKETTEN

Frauen, Klima und Schokolade

Ernährungssicherheit ist eines der wichtigsten Themen der globalen entwicklungspolitischen Agenda. Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt, weshalb die Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten entscheidend ist, um Hunger weltweit zu beenden.

Von Svenja Schulze

Was hat Wertschöpfung mit Entwicklungszusammenarbeit zu tun? Ganz einfach: Wenn die Menschen in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas Agrarrohstoffe wie Soja, Palmöl, Kakao oder Kaffee anbauen, die anschließend unverarbeitet exportiert werden, dann haben sie oft wenig davon. Sie arbeiten hart auf den Feldern, doch erhalten nur einen Bruchteil des Gewinns. Denn die Gewinne entstehen größtenteils bei der Weiterverarbeitung. Sie landen bei den international agierenden Konzernen – und nicht bei den Menschen im Globalen Süden.

Wenn die Landwirtinnen und Landwirte hingegen Kakao oder Kaffee nicht nur anbauen, sondern auch weiterverarbeiten,

dann wird Wert geschaffen. In Form von zusätzlichem Einkommen. In Form von Arbeitsplätzen. Und in Form von besserer Ernährung, weil dann weniger Nahrungsmittel importiert werden müssen. Ich bin davon überzeugt, dass die Entwicklungspolitik lokale Wertschöpfung stärken muss.

WERT SCHÖPFEN DURCH DIE STÄRKUNG VON FRAUEN

In der Sahel-Region treiben Hunger und Armut viele Menschen in die Arme von Terrorgruppen. Weil die Terroristen ihnen eine Einnahmequelle versprechen, die ihnen ansonsten fehlt. Um dem Hunger und der Perspektivlosigkeit im Sahel entgegenzuwirken, braucht es eine nachhaltige Landwirtschaft und eine höhere lokale Wertschöpfung. Also klimaresistente Anbaumethoden, Produktivitätssteigerungen, eigene Verarbeitung und bessere Vermarktung der Produkte. Aber wie sieht das ganz praktisch aus?

In Burkina Faso beispielsweise werden 138 000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern durch die deutsche Entwicklungszusam-

menarbeit darin unterstützt, Methoden zum Boden- und Wasserschutz anzuwenden. Dadurch können sie ihre Felder widerstandsfähiger gegen den Klimawandel machen und auch bei Dürren und Starkregen eine zuverlässige Ernte einfahren. Außerdem beraten wir gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort landwirtschaftliche Kleinunternehmen dazu, wie sie so produzieren können, dass mehr Geld bei ihnen verbleibt.

Sabine Nana beispielsweise hat ein Unternehmen, das pro Tag zwei Tonnen Maniok zu Couscous verarbeitet. Um ihr Unternehmen wachsen zu lassen, nahm Sabine an Schulungen teil, die durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit gefördert werden. Sie lernte, einen Businessplan zu entwickeln, wurde in Unternehmensführung geschult und eignete sich verbesserte Techniken an, um ihren Maniokteig haltbar zu machen. Inzwischen bildet Sabine selbst junge Frauen aus und begleitet sie bei ihren Unternehmensgründungen.

Sabine beliefert mittlerweile die Kantinen von 300 Grundschulen mit Couscous. Seit 2019 konnte sie ihren Jahresumsatz von 120 000 Euro auf 300 000 Euro steigern. Und während sie ursprünglich 25 Frauen beschäftigt sind es heute doppelt so viele. Mit diesem Einkommen sind ihre Mitarbeiterinnen wirtschaftlich unabhängig, können ihre Familien ernähren und ihre Kinder zur Schule schicken.

Die höhere Wertschöpfung lohnt sich also nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sozial. Sie stärkt Frauen und bietet Kindern bessere Zukunftsperspektiven. Und sie trägt zur Sicherheit der Menschen vor Ort und hier in Deutschland bei, weil sie dem Terrorismus den Nährboden entzieht.

WERT SCHÖPFEN DURCH KLIMARESILIENTEN ANBAU

Wie im Sahel ist der Klimawandel auch in vielen anderen Teilen der Welt einer der Haupttreiber von Hunger und Armut. Überschwemmungen, Dürren und Stürme zerstören landwirtschaftliche Flächen und zwingen Menschen dazu, ihre unfruchtbar gewordene Heimat zu verlassen.

So ging es auch Suma Begum in Bangladesch. Nachdem sie bei einer Flut ihr Zuhause verlor, ist sie mit ihrer Familie geflohen. In der informellen Siedlung, in der sie nun lebt, gibt es jedoch nur wenige Möglichkeiten zum Geldverdienen. Deshalb hat Suma an einem Fortbildungsprojekt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit teilgenommen.

Dort hat sie gelernt, wie sie zu Hause Gemüse anbauen kann – nicht nur in ihrem Vorgarten, sondern auch in Säcken, auf dem Dach, an der Hauswand oder im Hinterhof. Dadurch kann Suma sich und ihre Familie versorgen. Und das überschüssige Gemüse verkauft sie in der Nachbarschaft oder auf dem Markt. Mit dem Gewinn nimmt Suma an einem Sparprogramm teil, um Arztbesuche und Schulgelder zu bezahlen.

Ihr Beispiel zeigt, dass innovative und klimaresiliente Anbaumethoden es den Menschen ermöglichen, trotz der zunehmenden Erderhitzung ein verlässliches Einkommen zu erwirtschaften. So brauchen sie in Krisenfällen weniger Unterstützung und fliehen seltener in andere Länder, um ihre Existenz zu sichern.

WERT SCHÖPFEN DURCH SCHOKOLADE

Neben Gemüse kann auch Schokolade dazu beitragen, Menschen eine bessere Zukunftsperspektive zu bieten. Rechnerisch isst jeder und jede Deutsche im Jahr durchschnittlich neun Kilogramm Schokolade. Aber nur die wenigsten dürften wissen, dass von einer Tafel Schokolade oft nur sechs Cent bei den Kakaobäuerinnen und -bauern ankommen.

Davon können sie nicht leben. Und durch klimawandelbedingte Ernteauffälle, wie zuletzt in Ghana und in der Côte d'Ivoire, wird ihre Situation noch verschärft. Damit sich das ändert, engagiert sich das Bundesentwicklungsministerium – zusammen mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Unternehmen und der Zivilgesellschaft – in der Multi-Stakeholder-Initiative „Forum Nachhaltiger Kakao“. Die Mitglieder des Forums haben sich das Ziel gesetzt, dass bis 2030 mindestens 90 Prozent der Kakaobäuerinnen und -bauern ein existenzsicherndes Einkommen erzielen.

In einem Gemeinschaftsprojekt des Forums Nachhaltiger Kakao in der Côte d'Ivoire vermitteln lokale Partner moderne Anbaumethoden, die die Erträge steigern. Sie unterstützen die Bauern dabei, neben Kakao auch andere Nutzpflanzen anzubauen, um so ihr Einkommen zu diversifizieren. Sie fördern die Verarbeitung von Nebenprodukten der Kakaofrucht, z. B. die Erzeugung von Erfrischungsgetränken aus dem Fruchtfleisch oder Düngemittel aus den Schalen. Und sie legen den Fokus dabei besonders auf Frauen, weil sie nachweislich mehr von ihrem Einkommen in die Ernährung und Ausbildung ihrer Kinder investieren, als Männer es tun.

Doch das reicht nicht aus. Einkaufende Unternehmen in Europa müssen für faire Preise und Konditionen für die Menschen in ihren Lieferketten sorgen. Es ist deshalb ein wichtiger Schritt, dass die neue EU-Lieferkettenrichtlinie die Konzerne zukünftig dazu verpflichtet, ihre Einkaufspraktiken zu verbessern. Auch wenn die Vorschriften noch

nicht in Kraft sind, erwarte ich von Handel und Industrie, dass sie schon jetzt mit der Umsetzung beginnen. Das ist nicht nur moralisch richtig, sondern auch gut fürs Geschäft: Wer fair handelt, hat einen Marktvorteil.

WERT SCHÖPFEN WIRKT

Die genannten Beispiele aus dem Sahel, Bangladesch und der Côte d'Ivoire zeigen, dass sich Hunger und Armut durch eine höhere lokale Wertschöpfung wirksam bekämpfen lassen. Doch als Weltgemeinschaft brauchen wir auch strukturelle Veränderungen. Es müssen mehr Länder, mehr internationale Organisationen, mehr private und mehr zivilgesellschaftliche Akteure gemeinsam daran arbeiten, dass alle Menschen weltweit ausreichend gesunde Nahrung haben.

Eine Gelegenheit dafür bietet die Hamburg Sustainability Conference (HSC), die das Bundesentwicklungsministerium am 7. und 8. Oktober 2024 gemeinsam mit der Stadt Hamburg, der Umweltstiftung Michael Otto und den Vereinten Nationen ausrichtet. Dort bringen wir führende Köpfe aus Politik, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft aus der ganzen Welt zusammen. In einem vertrauensvollen und partnerschaftlichen Austausch wollen wir dort diskutieren, wie wir die Agenda 2030 wieder auf Kurs bringen können.



SVENJA SCHULZE
ist Bundesministerin für
wirtschaftliche Zusammenar-
beit und Entwicklung.
<https://www.bmz.de/>



Gemüse mithilfe klimaresistenter Methoden anzubauen sichert auch angesichts der zunehmenden Erderhitzung Einkommen.



Die Nuer, eine der beiden größten ethnischen Gruppen in Gambela, leben hauptsächlich von der Viehhaltung.

HORN VON AFRIKA

Dreifacher Nexus

Die Länder am Horn von Afrika stehen vor vielfältigen Herausforderungen in Bezug auf Ernährungssicherheit. Ein Beispiel aus Äthiopien verdeutlicht, dass Friedenskonsolidierung, humanitäre Hilfe und Entwicklungsbestrebungen zusammenspielen müssen, um diese zu bewältigen.

Von Christoph Schneider-Yattara

Der Klimawandel ist der Hauptgrund für häufigere Dürren, Überschwemmungen und Schädlingsbefall wie die Wüstenheuschreckenplage 2021. Auch ethnische Konflikte, knappe Finanzen, ineffiziente Logistik, politische Instabilität und Sicherheitsprobleme beeinträchtigen die Nahrungsmittelproduktion und -verteilung in der Region.

Um Ernährungssouveränität zu gewährleisten, brauchen Landwirt*innen vor Ort Unterstützung beim Erhalt der einheimischen Pflanzensorten. Beim Kauf

von Saatgut müssen sie sich gegen die zunehmende Abhängigkeit von der globalen Agrarindustrie wehren. Das komplexe Zusammenspiel von globalem Agrobusiness, nationaler Ernährungssouveränität und lokaler Nahrungsmittelproduktion verdient eine genauere Analyse an anderer Stelle.

Der sogenannte Triple-Nexus-Ansatz ist in den letzten Jahren in der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit immer wichtiger geworden. Wirksam umgesetzt fördert er auch Ernährungssicherheit. Er zielt darauf ab, humanitäre Hilfe, Entwicklungsbemühungen und Friedenskonsolidierung in eine kohärente Strategie einzubinden und anzuerkennen, dass die drei Bereiche komplex und eng verwoben sind.

Angesichts dieser Komplexität sind strategische Kooperationen wichtig, um unterschiedliche Fachkenntnisse und Ressourcen zusammenzuführen und ganzheit-

lich auf Probleme wie Ernährungsunsicherheit zu reagieren.

ACTION BY CHURCHES TOGETHER

Die ACT Alliance (Action by Churches Together) ist eine weltweite Koalition von in nationalen und regionalen Foren organisierten Kirchen. Sie fördert einen lokalen und koordinierten Ansatz für anwaltschaftliche, humanitäre und entwicklungspolitische Fragen.

Innerhalb des ACT-Alliance-Netzwerks in Äthiopien haben die Mitglieder Konsortien gebildet, um integrierte Triple-Nexus-Projekte durchzuführen. Ein besonderes Merkmal aller ACT-Konsortien ist, dass ihre nationalen und internationalen Mitglieder gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Das Konsortium im Bundesstaat Gambela im Südwesten Äthiopiens besteht aus vier ausführenden und zwei zahlenden Mitgliedern. Eines der lokalen Mitglieder ist dabei die federführende Stelle, was in anderen Konstellationen selten der Fall ist. Das Projekt läuft zwei Jahre, und das Budget kofinanzieren zu 75 Prozent die Geber und zu 25 Prozent die Mitglieder des Konsortiums.

Die Region eignet sich für Landbau, Viehzucht und Fischerei und verfügt über reichlich Wasser- und Waldressourcen. Doch die Gemeinschaften sind chronisch von Ernährungsunsicherheit betroffen, vor allem wegen wenig ergiebiger Subsistenz-Monokulturen. Es kommen aber auch zu wenige nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken zum Einsatz, etwa Boden- und Wasserschutz, Bodenfruchtbarkeitsmanagement, Feuchtigkeitsspeicherung, Agroforstwirtschaft und diversifizierter Anbau. Fischfang ist eine Haupteinnahmequelle, allerdings wird jährlich nur wenig Fisch produziert, da es keinen Zugang zu Fanggeräten, Märkten und Transport gibt. Zudem wird der Fang schlecht verarbeitet und kann nur für einen geringen Preis verkauft werden.

INTERKOMMUNALE KONFLIKTE

Gambela ist ethnisch divers. Interkommunale Konflikte gibt es schon lange. Seit Beginn des Bürgerkriegs im Südsudan 2013 leben nun auch viele südsudanesischen Geflüchtete in Äthiopien. Gambela hat eine Gesamtbevölkerung von 436 000 Men-

schen. Hinzu kommen laut UN-Flüchtlingsrat (UNHCR) derzeit 387 155 Geflüchtete – meist Nuer. Weil sie so viele sind, haben sie die ethnische Struktur des Ortes verändert. Das heizt ethnische Konflikte an, besonders zwischen den beiden größten Gruppen, den Anyuak und den Nuer. Es gibt auch Konflikte um Ressourcen zwischen den Aufnahmegemeinschaften und den Geflüchteten. Plastikmüll, vor allem in Flüchtlingslagern

„Der Schlüssel zu Ernährungssicherheit liegt in friedlicher Konfliktlösung und nachhaltiger Bewirtschaftung von Ressourcen.“

und Städten, beeinträchtigt darüber hinaus natürliche Ressourcen wie Wasser.

Unter Konflikten und schlechten Lebensbedingungen leiden Frauen und Mädchen am meisten. Sie sind mit Herstellung von Nahrung, Kinderbetreuung und Haushalt mehrfach belastet und verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt, besonders geschlechtsspezifischer Gewalt (gender-based violence, GBV). Auch die hohe Arbeitslosigkeit setzt den Gemeinschaften zu. Arbeitslose Jugendliche neigen zu riskanter Migration und lassen sich leicht von bewaffneten Gruppen rekrutieren.

Äthiopien hat ein umfassendes Rahmenwerk zum Umgang mit der Flüchtlingskrise verabschiedet. Es soll erleichtern, dass Maßnahmen für Geflüchtete außerhalb der Lager – wie Einschulung, Erteilung von Arbeitserlaubnissen, Bereitstellung von bewässerbarem Land und Integration – umgesetzt werden. Diese Aktivitäten müssen ein Gleichgewicht herstellen zwischen oben genanntem Rahmen und der lokalen, regionalen und nationalen Politik für die gesamte Entwicklung der Region. Bei knappen Ressourcen ist das besonders schwierig. Problematisch ist vor allem, dass sich die Aufnahmegemeinschaften angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Vorteile der Geflüchteten benachteiligt fühlen.

Das Projekt des Konsortiums verbindet Frieden mit Entwicklung und humanitärer Hilfe, indem es Dialog fördert, um eine friedliche Koexistenz zwischen ethnischen

Gruppen und mit Geflüchteten zu ermöglichen. Zudem fördert es die Gleichstellung der Geschlechter, um die Lebensbedingungen von Frauen und Männern zu verbessern. Benachteiligte Gruppen wie Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Minderheiten werden soweit möglich in die Projektaktivitäten einbezogen.

FRIEDEN UND LEBENSUNTERHALT

Das Projekt umfasst zwei Hauptaspekte: friedensstiftende Ansätze und solche zur Existenzsicherung in Aufnahme- und Flüchtlingsgemeinschaften. Im Rahmen der ersten Komponente werden Schulungen angeboten, um Friedens- und Konfliktmanagement religiöser und kommunaler Führungspersonen von Aufnahme- und Flüchtlingsgemeinschaften zu verbessern und traditionelle Konfliktlösungsmechanismen zu reaktivieren. Mitglieder akademischer Einrichtungen und Regierungsangestellte werden in konfliktensibler Programarbeit und Do-No-Harm geschult. Lokale Radiosender verbreiten Friedensbotschaften in den lokalen Sprachen. Schulen bemühen sich über Friedensclubs darum, dass Friedenserziehung in den Lehrplan aufgenommen wird. Projektmitarbeitende werden ebenfalls in Gender Mainstreaming und Do-No-Harm geschult. Gefördert wird zudem die Bildung von Foren für lokale Regierungsangestellte und Geflüchtete sowie anderer Unterstützungsstrukturen für die Gemeinden.

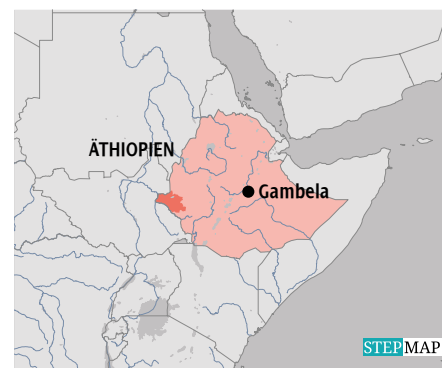
Ansätze zur Existenzsicherung sind unter anderem Aufklärung über landwirtschaftliche Praktiken wie Diversifizierung von Kulturen, Landwirtschaft mit wenig Input, integrierter Pflanzenschutz, Gartenanbau im Hinterhof sowie die Bereitstellung einheimischen Saatguts ohne Hybride. Für Jugendliche werden neue Fischereigruppen gebildet und bestehende Kooperativen gestärkt durch Ausrüstung sowie Trainings in Fischereipraktiken, Marketing und Wertschöpfungskettenentwicklung.

Auch neue Selbsthilfegruppen erhalten Schulungen, etwa zu Unternehmertum, Aufzucht kleiner Wiederkäuer, Bienen- oder Geflügelzucht und Kleinhandel. Andere werden bei der Gründung von Abfallwertungsunternehmen und dem Bau von Latrinen aus Plastikflaschenabfall, etwa in Schulen, unterstützt.

Frauen lernen mit Öfen umzugehen und werden in der Nahrungsmittelproduktion geschult, um ihr Einkommen zu steigern. Gemeindevertreter*innen lernen, Diskussionsforen zu GBV durchzuführen und dazu funktionierende Berichtsstrukturen einzuführen.

Erfahrungsaustausch und Weitergabe von Best Practices sind für Friedensförderung und Existenzsicherung sehr wichtig. So wird das erworbene Wissen mit den Erfahrungen vor Ort verknüpft.

Eigenverantwortung der Zielgemeinschaft wird erreicht, indem ihre Vertreter*innen, religiöse Führer*innen und Älteste von der Planung an bis zur Auswahl der Begünstigten und der Durchführung der Projekte einbezogen werden. Dafür arbeiten bestehende und neue gemeindebasierte Einrichtungen eng zusammen.



Ernährungssicherheit ist zentral für den Aufbau einer Gesellschaft. Bei Best-Practice-Modellen ist zu prüfen, ob sie zum jeweiligen Kontext passen. Dazu müssen alle Beteiligten aus Wissenschaft, Regierungen, Zivilgesellschaft, Privatsektor und UN kooperieren. Der Schlüssel zu Ernährungssicherheit liegt in friedlicher Konfliktlösung und nachhaltiger Bewirtschaftung von Ressourcen. Nur eine friedliche Gesellschaft kann gedeihen, klimabedingten Herausforderungen standhalten und Ressourcenreichtum für ihren Fortschritt nutzen.



CHRISTOPH SCHNEIDER-YATTARA

leitet in Addis Abeba das Horn-von-Afrika-Büro von Brot für die Welt.

csyattara@padd-africa.org



Ein Straßenhändler verkauft frittierte Snacks und Softdrinks in Mexiko-Stadt.

MANGELERNÄHRUNG

Nicht nur Hunger tötet Menschen

Mexiko kämpft mit einer Übergewicht- und Adipositas-Epidemie. Landesweit sind sieben von zehn Erwachsenen, zwei von fünf Jugendlichen und etwa 37 Prozent der Kinder im Schulalter adipös oder übergewichtig. Mehrere Faktoren sind für das Ausmaß des Problems verantwortlich – nicht zuletzt niedrige Einkommen.

Von Pamela Cruz

Der Konsum von stark verarbeiteten Lebensmitteln und zuckerhaltigen Getränken hat in Mexiko deutlich zugenommen. Gleichzeitig haben viele Menschen keinen Zugang zu gesunden Lebensmitteln und Orten für körperliche Betätigung. Hinzu kommen ein sitzender Lebensstil und der Einfluss von Werbung für ungesunde Lebensmittel.

Mexiko kämpft seit Jahrzehnten mit verschiedenen Formen der Mangelernährung. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) umfasst Mangelernährung Unterernährung, Mikronährstoffmangel (an Vitaminen oder Mineralien) sowie Übergewicht, Adipositas und die damit verbundenen Komplikationen.

Eine aktuelle Studie des Nationalen Instituts für öffentliche Gesundheit (Ins-

tituto Nacional de Salud Pública – INSP) untersuchte Veränderungen in Ernährung und Gesundheit der Mexikaner*innen in den letzten 120 Jahren. Von 1890 bis 1950 kämpfte das Land mit schwerer Unterernährung bei Kindern unter fünf Jahren und einer wenig abwechslungsreichen Ernährung mit geringer Nährstoffaufnahme. Laut INSP und der Nationalen Akademie für Medizin (Academia Nacional de Medicina – ANM) sind bis heute schätzungsweise 1,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren chronisch unterernährt.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts nahm die extreme Armut ab, und steigende Einkommen führten zum gegenteiligen Problem: Ab den 1970er Jahren breitete sich die bis heute anhaltende Adipositas-Epidemie aus.

Eine höhere Kalorienzufuhr bedeutet jedoch nicht, dass die Menschen in Mexiko jetzt wohlhabend sind. Viele geben nicht zuletzt deshalb mehr Geld für kalorienreiche und nährstoffarme Lebensmittel aus, weil diese leicht zugänglich und günstig sind. Infolgedessen liegt der Verzehr von Gemüse, Obst, Hülsenfrüchten und Ölsaaten weit unter den empfohlenen Werten. Laut Studien der Autonomen Universität von Me-

xiko (UNAM) und des INSP stammen etwa 30 Prozent der Kalorienzufuhr in Mexiko aus stark verarbeiteten Produkten.

In den letzten 30 Jahren hat Adipositas bei Kindern und Jugendlichen um 120 Prozent zugenommen, wie eine Studie für die World Obesity Federation zeigt. Laut INSP und ANM gibt es in Mexiko schätzungsweise 14 Millionen Kinder und Jugendliche, die übergewichtig (Body-Mass-Index von mindestens 25 laut WHO) oder adipös (Body-Mass-Index von mindestens 30) sind. Eine Studie zur Prävention und Reduktion von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Mexiko schätzt, dass die Bewältigung dieser und anderer Gesundheits- und Ernährungsprobleme im Laufe eines Lebens durchschnittlich 1,8 Billionen Dollar kostet, was 30 Milliarden Dollar jährlich entspricht. Neben den Gesundheitskosten entstehen dabei auch indirekte Kosten aufgrund von Produktivitätseinbußen und Lebenszeitverlusten.

ERNÄHRUNGSUMFELDER UND EINKOMMENSUNGLEICHHEIT

Adipositas und Übergewicht sind in allen sozialen Schichten in Mexiko weit verbreitet. Offiziellen Schätzungen zufolge sind über 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung adipös oder übergewichtig, mit nur geringen Unterschieden zwischen ärmeren und reicheren Gruppen. Junkfood ist überall verfügbar und sein Konsum weitgehend normalisiert.

Der Zugang zu gesunden Lebensmitteln und einer abwechslungsreichen Ernährung variiert jedoch je nach Einkommen und sozioökonomischem Status. Ernährungswissenschaftler*innen sprechen von „Lebensmitteloasen“ (food oases) oder „Lebensmittelsümpfen“ (food swamps). Lebensmitteloasen bieten eine vielfältige und nahrhafte Auswahl an Produkten, einschließlich Biolebensmitteln. In Mexiko gibt es sie vor allem in wohlhabenden Vierteln. Im Gegensatz dazu sind Lebensmittelsümpfe Umgebungen, die kaum Zugang zu gesünderen Lebensmitteln bieten und wo sich die Menschen diese mangels finanzieller Mittel auch nicht leisten können.

Eine zwischen 2010 und 2020 in ärmeren Stadtvierteln im Großraum Valle de México durchgeführte Studie ergab, dass die

Verbreitung von Convenience-Stores zum Anstieg der Lebensmittelsümpfe beiträgt. Die meisten Convenience-Stores in Mexiko bieten nährstoffarme, kalorienreiche und billige Lebensmittel an. Ein besorgniserregender Trend ist, dass auch Schulen zunehmend zu Lebensmittelsümpfen werden (siehe Kasten).

Dieselbe Studie fand heraus, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen einen größeren Anteil ihres Gesamteinkommens für Lebensmittel ausgeben, aber nicht unbedingt für eine gesündere Ernährung. Haushalte mit höheren Einkommen investieren mehr in gesunde Ernährung, geben aber einen geringeren Teil ihres Gesamtbudgets für Lebensmittel aus. Laut Daten des National Survey of Seasonal Household Income and Expenditure 2022 und der mexikanischen Gesellschaft für Markt- und Meinungsforschung hatten Haushalte mit niedrigen Einkommen ein durchschnittliches Monatseinkommen von rund 260 Dollar und gaben zwischen 42 und 52 Prozent davon für Lebensmittel aus. Im Gegensatz dazu hatten die reichsten Haushalte ein

durchschnittliches Monatseinkommen von rund 3800 Dollar und gaben etwa 28 Prozent davon für Lebensmittel aus.

EINE KOLLEKTIVE VERANTWORTUNG

Schätzungen des Nationalen Rates zur Bewertung der Sozialentwicklungspolitik (CONEVAL) zufolge hatten im ersten Quartal 2024 fast 36 Prozent der Mexikaner*innen nicht genug Einkommen, um ihren Grundbedarf an Lebensmitteln zu decken. Die Kosten für Grundnahrungsmittel liegen in den Städten bei rund 126 Dollar pro Person und auf dem Land bei rund 98 Dollar. Entsprechend braucht eine vierköpfige Familie in der Stadt rund 507 Dollar pro Monat, um ihren Lebensmittelbedarf zu decken, eine Familie auf dem Land etwa 390 Dollar pro Monat. Die globale Inflation verschlimmert die Situation.

Ernährungssicherheit betrifft nicht nur die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, sondern auch deren Qualität. Laut Weltbank bedeutet Ernährungssicherheit, dass alle Menschen physischen, sozialen und

wirtschaftlichen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nährstoffreichen Nahrungsmitteln haben, die ihren täglichen Ernährungsbedürfnissen und -vorlieben entsprechen, um ein gesundes und aktives Leben führen zu können. In diesem Sinne steht Mexiko im Bereich der Ernährungssicherheit vor ernsthaften Herausforderungen. Obwohl bereits Programme zur Änderung von Gewohnheiten und Lebensstilen existieren, ist es entscheidend, dass Regierung und Gesellschaft gemeinsam die Verantwortung übernehmen, das Recht auf Gesundheit zu sichern. Dazu gehört, die Preise für gesunde Lebensmittel zu regulieren und genügend Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, damit jeder sich diese leisten kann.



PAMELA CRUZ
ist Special Project Coordinator bei Comunalia, einem Netzwerk von Bürgerstiftungen in Mexiko, und strategische Beraterin bei MY World Mexico.

pamela.cruz@gmail.com

Junkfood in der Schule

In den Schulen Mexikos haben Kinder und Jugendliche Zugang zu Junkfood, was die bereits ernste Übergewicht- und Adipositas-Epidemie verschärft (siehe Haupttext). Eine landesweite Umfrage zu Schulleben, die in den letzten zwei Jahren vom mexikanischen Netzwerk für Kinderrechte (Red por los Derechos de la Infancia en México – REDIM) und El Poder del Consumidor (Verbrauchermacht) durchgeführt wurde, ergab, dass neun von zehn Schulen täglich zuckerhaltige Getränke, Süßigkeiten und frittierte Speisen anbieten, während nur zwei von zehn Schulen Trinkwasser und natürliche Lebensmittel bereitstellen. Laut der Nationalen Gesundheits- und Ernährungs-

umfrage (Encuesta Nacional de Salud y Nutrición – ENSA-NUT) von 2022 konsumieren 82,6 Prozent der Vorschulkinder und 93,6 Prozent der Schulkinder zuckerhaltige Getränke. Dadurch nehmen Schulkinder im Durchschnitt mehr als 500 zusätzliche Kalorien zu sich, wie eine weitere Studie von El Poder del Consumidor schätzt.

Soziale Organisationen setzen sich dafür ein, den Zugang zu Junkfood in Schulen zu begrenzen. Nach einer im Dezember 2023 verabschiedeten Reform des Allgemeinen Bildungsgesetzes musste das Bildungsministerium (Secretaría de Educación Pública – SEP) neue Richtlinien erarbeiten, um den Verkauf von und die Werbung für nicht essenzi-

elle Lebensmittel und Getränke in Schulen zu verbieten. Das Nationale Institut für öffentliche Gesundheit (Instituto Nacional de Salud Pública – INSP) schätzt, dass die Zahl der Fälle von Adipositas bei Kindern innerhalb eines Jahres um 500 000 gesenkt werden könnte, wenn diese Richtlinien im nächsten Schuljahr effektiv umgesetzt werden. Sie müssen jedoch noch veröffentlicht werden.

Am 26. Juni 2024 forderte die Alianza por la Salud Alimentaria, ein Zusammenschluss von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Fachleuten, die über die Adipositas- und Mangelernährungsepidemie im Land besorgt sind, das Bildungsministerium auf, diese Richtlinien vor Beginn des neuen Schuljahres 2024/2025 zu veröffentlichen. Sie schlägt außerdem vor, die

Richtlinien um folgende Punkte zu erweitern:

- ein Verkaufsverbot von Junkfood in Schulen,
- die Verpflichtung der Schulen, gesundes Essen zu bezahlbaren Preisen anzubieten,
- Vorrang für die lokale Landwirtschaft bei den Schulleben,
- strukturierter Ernährungsunterricht
- und ein garantierter Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen, angemessener Nahrung und einer gesunden Umwelt.

PC





Herbizideinsatz auf einem deutschen Feld.

SCHÄDLICHE PRAKTIKEN

Mehr Fluch als Segen

Anhänger*innen der konventionellen Landwirtschaft in reichen Ländern behaupten oft, Pestizide seien für die globale Ernährungssicherheit unverzichtbar. Beweise gibt es dafür nicht. Hunger ist auch nicht das Resultat zu geringer Lebensmittelproduktion weltweit. Derweil richten Pestizide große Umweltschäden an und sind eine fragwürdige Methode, Erträge zu steigern.

Von **Susanne Neubert**

Seit Jahrzehnten produziert die Menschheit genug Lebensmittel, um alle zu ernähren. Trotzdem gibt es immer noch Hunger und Unterernährung, besonders in Kriegsgebieten und in abgelegenen Regionen ärmerer Länder, wo kleinbäuerliche Familien unter harten Bedingungen arbeiten. Der Klimawandel verschärft die Situation zusätzlich.

Es ist ein Irrtum zu glauben, dass Nahrungsimporte aus reichen Ländern diese Probleme lösen könnten. Sie kosten nicht nur viel, sondern verdrängen auch lokale Produzent*innen vom Markt und bremsen die ländliche Entwicklung.

Was wirklich hilft, um den Hunger nachhaltig zu bekämpfen, ist Frieden. Das ist auch die Grundlage, um städtische und

ländliche Interessen auszubalancieren. Dafür müssen alle agrarischen Betriebe dabei unterstützt werden, innovativer zu werden. Bislang profitieren in vielen afrikanischen Ländern aber vor allem städtische Eliten von staatlichen Subventionen (unter anderem durch Nahrungsimporte). Die Kleinlandwirtschaft bleibt benachteiligt und verliert zunehmend die Existenzgrundlage.

Die Dinge müssen auf den Kopf gestellt werden. Regierungen müssen mehr für kleine Agrarbetriebe tun. Wichtig ist, für gute Bildung zu sorgen, die Infrastruktur wie Straßen, Wasser- und Stromversorgung auszubauen und die Menschen in nachhaltiger Landwirtschaft zu schulen. Dabei geht es nicht nur darum, wie Erträge gesteigert werden können, sondern auch darum, was die Biodiversität und das Klima schont. Es gilt, mehrere Ziele anzustreben. Nur so können bäuerliche Familien die notwendige Widerstandskraft gegen die Auswirkungen der Klimakrise entwickeln.

Was sie vor allem brauchen, sind ein besseres Boden- und Wassermanagement, kluge Fruchtfolgen und eine vielfältige Auswahl an Pflanzen. Der Erfolg der Landwirtschaft hängt in abgelegenen Regionen

auch stark von der allgemeinen ländlichen Entwicklung ab. Wer auf dem Land lebt und arbeitet, braucht Zugang zu Märkten – was wiederum gute Straßen erfordert. Bildung hilft, Chancen zu nutzen, und eine verlässliche Gesundheitsversorgung sorgt dafür, dass die Menschen nach Krankheiten oder Unfällen schnell wieder arbeiten können. Auch der Zugang zu Strom, Wasser und Mobilfunk gehört zu guter Infrastruktur.

Kleinbäuer*innen erscheinen Pestizide oft verlockend, weil sie scheinbar magisch Ernteverluste verringern. Doch die Risiken werden oft verschwiegen. Pestizide sind giftig und können Krebs verursachen – vor allem, wenn die nötige Schutzkleidung kaum verfügbar ist und auch sonst kaum getragen wird.

Auch in reichen Ländern ist der Einsatz von Pestiziden problematischer, als die Industrie zugibt. Das war von Anfang an so.

Das erste industriell hergestellte Pestizid war nach dem Zweiten Weltkrieg DDT. Schnell stellte sich heraus, dass es nicht nur Schädlinge vernichtet, sondern auch andere Organismen. Auch seine Wirksamkeit ließ schnell nach.

Pestizide verlieren in der Regel aus verschiedenen Gründen mit der Zeit an Wirkung:

- Schädlinge entwickeln Resistenzen.
- Nützliche Organismen, die die Produktivität unterstützen, werden ebenfalls getötet.
- Moderne Hochertragsorten sind oft besonders anfällig für Schädlinge.

- Wo heimische Schädlinge erfolgreich bekämpft wurden, breiten sich invasive Arten leichter aus.

- Monokulturen, die auf Pestizide und Kunstdünger angewiesen sind, schädigen die Bodenqualität.

In Ländern mit hohen Einkommen ist DDT deshalb seit Jahrzehnten verboten. In Ländern mit niedrigen Einkommen und Schwellenländern wie Indien wird es hingegen immer noch verwendet.

Mit der Zeit hat die chemische Industrie weitere Pestizide entwickelt. Doch meist stellen sich mit der Zeit Schäden ein (siehe Box).

In den 1980er-Jahren wurde immer deutlicher, wie schädlich der unkontrollierte Einsatz von Pestiziden ist. Die Agrarwissenschaft hat deshalb den sogenannten Integrierten Pflanzenschutz (IPS) entwickelt. Dieser Ansatz kombiniert bewährte landwirtschaftliche Methoden wie Fruchtwechsel und Sortenvielfalt mit einem gezielten

Einsatz von Pestiziden. IPS zufolge sollen Pestizide nicht vorbeugend verwendet werden, sondern nur dann zum Einsatz kommen, wenn ein bestimmter Schädling ein Feld befällt – und auch dann nur nach einer gründlichen Kosten-Nutzen-Abwägung.

In der EU ist IPS grundsätzlich verpflichtend. Doch nur 10 bis 15 Prozent der Landwirt*innen halten sich daran. Europäische Behörden dulden nämlich den präventiven Einsatz von Pestiziden in gewissen Grenzen. Während der von der EU geforderte IPS ein ganzheitliches und recht arbeitsintensives Konzept ist, geht Pestizideinsatz schnell und billig. Für die Produzierenden ist es deshalb bequemer, ihre Felder routinemäßig zu behandeln und die langfristigen Folgen zu ignorieren.

IPS erfordert viel Arbeit. Die Felder müssen genau beobachtet werden – unter anderem, weil das Wetter stark beeinflusst, welche Schädlinge sich ausbreiten. Bauern

und Bäuerinnen müssen auch in der Lage sein, nützliche Organismen zu erkennen und zu fördern. Im Vergleich dazu ist es viel einfacher, von Anfang an auf Pestizide zu setzen. Solange dieses konventionelle Vorgehen geduldet wird, werden viele Betriebe kaum von sich aus auf gesündere Alternativen der Schädlingsbekämpfung umsteigen. Das gilt besonders für große, kapitalintensive Betriebe mit Monokulturen.

SCHWEDEN ALS BEISPIEL NEHMEN

Einige Länder haben jedoch Wege gefunden, den Einsatz von Pestiziden erfolgreich zu verringern. Schweden ist ein gutes Beispiel. Dort wurde der Pestizideinsatz drastisch reduziert, ohne dass die Landwirtschaft oder Konsument*innen Nachteile erlitten. Seit den 1980er-Jahren ist der Pestizideinsatz dort um etwa 75 Prozent gesunken. Dafür sorgten mehrere nationale Aktionspläne,

Die Probleme mit Glyphosat

Pestizide sind wegen schädlicher Nebeneffekte umstritten. Diese werden typischerweise zuerst ignoriert und dann heruntergespielt. Ein aktuelles Beispiel ist das Herbizid Glyphosat, das auch als Roundup bekannt ist.

Produziert wird Glyphosat von Bayer. Der deutsche Konzern betont, dass der Stoff für Menschen unbedenklich sei. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hingegen stuft Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Einige Gerichte in den USA haben Bayer bereits zu hohen Entschädigungszahlungen an Landwirt*innen verurteilt, die an Krebs erkrankten, nachdem sie mit dem Pestizid gearbeitet hatten.

Noch sind die komplexen Auswirkungen von Glyphosat nicht vollständig geklärt. Neuere Forschung deutet darauf

hin, dass es das menschliche Hormonsystem beeinflussen und eine Rolle bei der zunehmenden Unfruchtbarkeit von Männern spielen könnte.

Für den Integrierten Pflanzenschutz (IPS) ist Glyphosat ungeeignet. Der IPS-Ansatz regelt in der EU den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Pestizide dürfen demzufolge eigentlich nur verwendet werden, wenn ein bestimmter Schädling die Ernte auf einem bestimmten Feld bedroht (siehe Haupttext). Pestizide präventiv einzusetzen ist in der EU grundsätzlich verboten, wird aber teilweise toleriert.

Glyphosat ist allerdings auch für die Notfallnutzung ungeeignet. Es schützt zwar gentechnisch veränderte Pflanzen, vernichtet aber auch alle anderen Pflanzen. Gezielt gegen ein bestimmtes Unkraut lässt sich damit nicht vorge-

hen. Bisher wird Glyphosat als radikale Vorsorgemaßnahme eingesetzt. Das reduziert systematisch die Biodiversität.

Ursprünglich wurde das Herbizid von Monsanto entwickelt, einem US-Unternehmen, das in der Vergangenheit immer wieder in Skandale verwi-

ckelt war. Bayer kaufte Monsanto 2018 auf, um ein führender Akteur in der Agrarchemie zu werden. Der Plan ist aufgegangen, doch dieser Erfolg hat Bayer seitdem auch viele Probleme eingebracht – zum Beispiel teure Schadenersatzurteile in den USA. SN



Protest in Berlin im Jahr 2020 gegen den Einsatz von Pestiziden.

die zum Beispiel umweltfreundliche Betriebe förderten. Die schwedische Regierung schuf Anreize für nachhaltige Methoden und bot Landwirt*innen bessere technische Unterstützung an.

Die EU täte gut daran, diesem Beispiel zu folgen. Doch leider weist die Tendenz in die andere Richtung: Seit der Jahrtausendwende steigen die Pestizidverkäufe in vielen Mitgliedsstaaten wieder an, nachdem sie in den frühen 1990er-Jahren mit der Einführung von IPS zunächst zurückgegangen waren. Dass sie seit geraumer Zeit wieder steigen, hat vor allem einen Grund: Betriebe, die sie regelmäßig nutzen, brauchen immer größere Mengen, da die Wirksamkeit der Mittel im Laufe der Zeit nachlässt.

Das Beispiel Schweden zeigt, dass das nicht sein muss. Die europäische Politik sollte sich deshalb neu auf die IPS-Ideen der 1980er und 1990er-Jahre besinnen. Sie entstanden wegen der erkannten Nachteile der Pestizide – und diese sind heute angesichts schnell sinkender Insektenpopulationen noch bedrohlicher. Besonders alarmiert,

dass viele Bienenarten und andere Bestäuber vom Aussterben bedroht sind. Sie sind als Pflanzenbestäuber unverzichtbar, so dass sie auch einen erheblichen wirtschaftlichen Wert haben – auch für jene, die nur in Geschäftszahlen denken.

Fachleute warnen zudem, dass es bald keine neuen Pestizide mehr geben könnte. Es gibt Parallelen zur Situation bei Antibiotika: So wie multiresistente Erregerstämme die Krankenbehandlung immer schwieriger machen, verlieren auch Pestizide ihre Wirkung. Unsere Abhängigkeit von diesen Agrargiften wird umso riskanter, je mehr Schädlinge resistent werden, ohne dass neue wirksame Mittel Abhilfe schaffen.

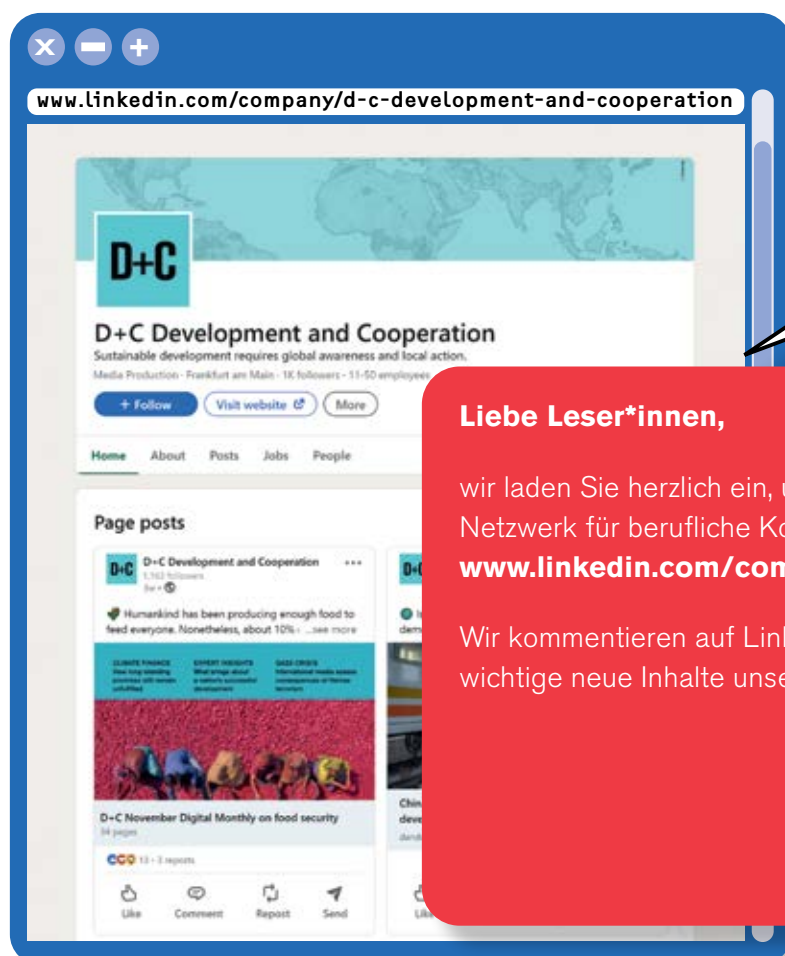
Vor diesem Hintergrund gewinnt der biologische Landbau an Bedeutung, da er ganz ohne giftige Chemikalien auskommt und trotzdem gute Erträge und Gewinne erzielt. Ein Blick in europäische Supermärkte zeigt, dass Bioobst oft nicht viel teurer ist als konventionelle Produkte und genauso ansprechend aussieht. Statistiken belegen obendrein, dass die finanziellen Erträge

im Bioanbau oft besser sind. Das liegt mit daran, dass der biologische Landbau einen mehrdimensionalen Ansatz verfolgt: Er maximiert nicht den Ertrag einer einzigen Nutzpflanze, sondern verbessert die Bodengesundheit, reichert Humus an, stärkt die Agrarvielfalt und dient weiteren Zielen.

Die Agrarpolitik von Ländern mit niedrigen Einkommen sollte Lehren aus der Geschichte ziehen, aber nicht auf die Lobbyorganisationen der industriellen Landwirtschaft hören. Die Erfahrung zeigt, was wirklich funktioniert. Gute landwirtschaftliche Beratung und starke ländliche Infrastruktur zeigen positive Wirkung – Pestizide eher nicht.



SUSANNE NEUBERT
ist ehemalige Direktorin des Zentrums für ländliche Entwicklung der Humboldt-Universität in Berlin und seit letztem Jahr im Ruhestand. Sie ist Mitglied im Beirat von E+Z/D+C.
susanne.neubert@agrar.hu-berlin.de



Folgen Sie
uns auf
LinkedIn!

Liebe Leser*innen,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter

www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**



Viehauktion im Südsudan.

ERNÄHRUNG

Maßvolle Tierhaltung für eine nachhaltige Landwirtschaft

Landwirtschaftlich genutzte Tiere haben viele Vorteile – nicht nur, weil sie wertvolle Lebensmittel liefern. Nachhaltige globale Landwirtschaft sollte nicht auf sie verzichten. Allerdings ist eine Umstellung auf Tierhaltung ohne Nahrungskonkurrenz zu den Menschen dringend nötig.

Von Cornelia Jäger

Wie muss sich die weltweite Landwirtschaft verändern, um eine steigende Weltbevölkerung nachhaltig zu ernähren? In der Debatte darüber dominieren zwei Strömungen. Vertreter*innen der einen plädieren dafür, die Produktion von Nahrungsmitteln umwelt- und ressourcenschonender auszurichten. Sie setzen auf modernste Technologien wie präzise Düngung, ertragreichere Sorten und leistungsfähigere Tiere. Die andere Strömung vertritt die Auffassung, dass sich vor allem der Konsum von Lebensmitteln verändern müsse. Es gelte, weltweit eine möglichst pflanzenbasierte Ernährung zu etablieren – oder sogar ganz auf Tierhaltung zu verzichten und vegan zu leben.

Vieles spricht aber für einen dritten Weg: Tierhaltung beizubehalten und sie so

auszurichten, dass keine Konkurrenz zum Menschen um Nahrung und Flächen entsteht. Tiere würden dann ausschließlich mit dem gefüttert, was Menschen weder essen können noch wollen. Mit diesem Ansatz ließen sich viele negative Auswirkungen intensiver Landnutzung, insbesondere der industrialisierten Tierhaltung, vermeiden. Zugleich blieben die Vorteile maßvoller Tierhaltung erhalten.

Gegenwärtig werden mindestens 280 Millionen Hektar Ackerfläche weltweit ausschließlich oder überwiegend dafür verwendet, Futtermittel für Tiere zu erzeugen, den problematischen Sojaanbau noch gar nicht eingerechnet. Viele dieser Flächen ließen sich effizienter nutzen, sei es für den Anbau von Nahrung für den Menschen, für den Klimaschutz oder den Erhalt biologischer Vielfalt.

Studien zufolge ist am wenigsten Agrarfläche für die menschliche Ernährung erforderlich, wenn ein kleiner Teil dieser Ernährung aus Lebensmitteln tierischen Ursprungs besteht. Das Futter dieser Tiere darf dabei allerdings nicht in Konkurrenz zu menschlicher Nahrung stehen. So würde vor allem weniger Ackerland benötigt als

derzeit und sogar weniger als bei veganer Ernährung. Der Grund: Im veganen System werden große Mengen Biomasse wie Gras und Erntereste nicht durch Tiere zu Lebensmitteln aufbereitet. Diese entgangenen Lebensmittelmengen müssten deshalb zusätzlich angebaut werden, was geeignete Flächen erfordert.

Hinzu kommt: Wo Bevölkerungen wachsen, müssen mehr ertragsschwache Flächen für die Nahrungsmittelgewinnung herangezogen werden. Diese lassen sich allerdings häufig nicht als Acker nutzen, sondern nur durch Tiere.

Im Rahmen einer Tierhaltung ohne Nahrungskonkurrenz stünden weiterhin hochwertige Proteine als wichtiger Bestandteil menschlicher Ernährung zur Verfügung, allerdings in deutlich geringerem Umfang als bisher, weil die Tierzahlen langfristig erheblich zurückgingen. Entsprechend müsste sich das Ernährungsverhalten erheblich ändern, insbesondere im globalen Norden (siehe Kasten).

HOCHWERTIGE NAHRUNGSMITTEL AUS GRAS UND RESTEN

Kritiker*innen landwirtschaftlicher Tierhaltung führen diverse Argumente ins Feld. Neben tierethischen Bedenken argumentieren sie beispielsweise, dass Tiere – vor allem Wiederkäuer – schlechte Futtermittel seien. Um Fleisch, Milch und Eier zu erzeugen, müssten zu viele Nährstoffe eingesetzt werden, die besser direkt der menschlichen Ernährung dienen sollten. Betrachtet man lediglich die Umwandlungsraten der Energie oder des Proteins aus dem Futter, trifft dies grundsätzlich zu.

Allerdings gilt es auch zu berücksichtigen, inwiefern das Tierfutter für Menschen überhaupt essbar wäre. Insbesondere Wiederkäuer wie Rinder, Schafe und Ziegen können Futtermittel wie Gras und Erntereste nutzen, die Menschen nicht verdauen können. Um dieselbe Menge Nahrungsprotein zu bilden, benötigen sie deshalb im Vergleich zu Schweinen und Hühnern nur ein Drittel jener Futtermittel, die auch von Menschen verzehrt werden könnten. Schweine und Hühner können zwar Futter grundsätzlich effizienter in Nahrungsprotein umwandeln als Wiederkäuer, haben allerdings höhere Ansprüche an die Futterqualität.

Studien zeigen außerdem: Schweine und Hühner in Hinterhofhaltungen, wie

sie in zahlreichen Regionen des globalen Südens zu finden sind, stehen in einer relativ geringen Nahrungskonkurrenz zum Menschen. Ein beträchtlicher Anteil ihrer Ration besteht schließlich ebenfalls aus Abfällen und Resten. In industrialisierten Tierhaltungen benötigen sie dagegen mehr Futterprotein, das auch Menschen ernähren könnte.

Ein weiterer Kritikpunkt an Tierhaltung zielt auf die Klimagasemissionen ab, vor allem von Wiederkäuern, die das stark klimaschädliche Gas Methan bilden. Da es bei konkurrenzloser Tierfütterung weniger Tiere gäbe, wäre auch mit weniger Treibhausgasemissionen zu rechnen als bisher. Zudem bewerten Klimaexpert*innen derzeit Wiederkäuer-Methan neu und fordern keine Netto-Null-Emission für Methan aus belebten Quellen.

Trotzdem gilt es natürlich, alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Klima- bezie-

hungsweise Ökobilanz von Tierhaltung so günstig wie möglich zu gestalten. Großes Potenzial dafür hat der systematische Aufbau von Humus auf landwirtschaftlichen Flächen. Humus, eine organische Substanz im Boden, speichert CO₂ und verbessert die Bodenfruchtbarkeit. Tierhaltung bietet mehrere Möglichkeiten, Humusbildung zu unterstützen, etwa durch bestimmte Formen des Weidemanagements und die Nutzung von mehrjährigem Kleegras in Fruchtfolgen.

Für eine maßvolle Tierhaltung spricht auch, dass sie als Teil landwirtschaftlicher Mischformen die Ernährungssicherheit und die Nahrungsmittelerzeugung je Flächeneinheit steigern kann. In einkommensschwächeren Weltregionen erzielen viele ländliche Haushalte ihr Einkommen durch solche Mischformen inklusive Tierhaltung. Ein auch in Europa wichtiger Aspekt ist, dass Nutztiere wertvolle Biotope wie magere

Wiesen und Auen pflegen und so Biodiversität fördern.

Maßvolle, konkurrenzlose Tierhaltung kann dazu beitragen, eines Tages 10 Milliarden Menschen sicher zu ernähren, Flächen effizient zu nutzen und die Umwelt zu schützen. Noch ist das industrielle Agrarsystem davon aber weit entfernt – nicht zuletzt aufgrund der Ernährungsgewohnheiten in wohlhabenden Weltregionen.

LITERATUR

Jäger, C., 2024: **Vegane Irrtümer – Warum wir auf gute Tierhaltung nicht verzichten können.** Marburg, Metropolis-Verlag.



CORNELIE JÄGER

ist Tierärztin und Autorin. Sie war die erste Landestier-schutzbeauftragte von Baden-Württemberg.

autorin@cornelie-jaeger.de

Verändertes Ernährungsverhalten

Eine Tierhaltung ohne Nahrungskonkurrenz zum Menschen (siehe Haupttext) würde zu erheblichen Rückgängen bei den Tierzahlen führen. Damit einher gingen ökologische Vorteile, etwa weniger Treibhausgasemissionen, aber auch ein deutlich geringeres Angebot an Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs. Berechnungen zeigen: Bestünde das Tierfutter weltweit ausschließlich aus Gras, Ernteresten und Nebenprodukten der Lebensmittelverarbeitung, würde der tägliche Anteil an Protein in der Nahrung, der aus Tierhaltungen (ohne Aquakultur) stammt, auf neun Gramm im globalen Durchschnitt sinken. Das ist etwa ein Drittel der bisherigen täglichen Menge und etwa ein Sechstel der insgesamt benötigten Proteinmenge für Menschen.

Die Mengen an Lebensmitteln tierischen Ursprungs

blieben bei einer solchen Tierfütterung weitgehend innerhalb der Grenzen der Planetary Health Diet, die sich als Vergleichsmaßstab für eine gesundheitsförderliche und umweltschonende Ernährungsweise anbietet.

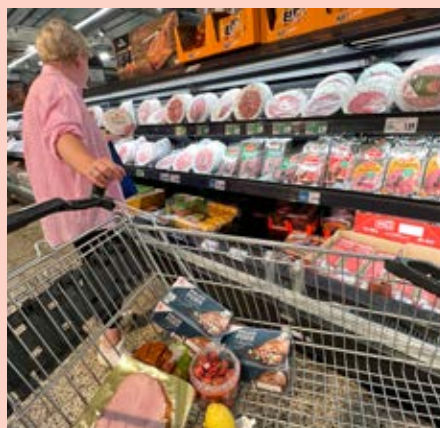
Berechnungen, die zusätzlich auch Lebensmittelabfälle als Futter einplanen,

kommen auf gut 20 Gramm tierisches Protein pro Tag, also etwa ein Drittel der benötigten Proteinmenge. Lebensmittelabfälle eignen sich wegen ihrer stärkeren Verarbeitung besser für Schweine als für Wiederkäuer. Deshalb nimmt der Schweinefleischanteil zu, wenn mehr Lebensmittelabfälle und weniger Gras als Futter dienen sollen, etwa weil die Abfälle regional verfügbar sind.

Im Unterschied zum Veganismus beziehen sowohl die

Planetary Health Diet wie auch Tierhaltung ohne Nahrungskonkurrenz bewusst Tiere in ihre Konzepte ein und setzen auf flexitarische Ernährung. Sie tun dies aus unterschiedlichen Gründen. Bei der Planetary Health Diet steht die Ernährungssicherheit von benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Vordergrund. Der konkurrenzfreien Tierhaltung geht es dagegen vorrangig um sparsame Landnutzung und das Upcycling von Gras, Resten und Abfällen zu Lebensmitteln.

Beide Konzepte fordern für verschiedene Weltregionen unterschiedliche Entwicklungen. In Nordamerika und Europa müssten sich Verbraucher*innen im Schnitt mit deutlich weniger Fleisch, Milch und Eiern als bisher zufriedengeben, um sich gesund und nachhaltig zu ernähren. Dagegen ist in Afrika und Asien eine Ausweitung des Verzehrs solcher Nahrungsmittel denkbar und teilweise geboten. CJ



Konsumverhalten in Industrieländern muss sich ändern: Wurstregal in deutschem Supermarkt.

Die Herrschaft von Sheikh Hasina in Bangladesch ist beendet.

Seite 17



Foto: picture-alliance/ZUMA PRESS.com/Abu Sufian Jewel